

# Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



**Vor  
dem IG-Metall-  
Gewerkschaftstag  
S.3**

**Kommunal-  
wahlkampf in NRW  
und Ba-Wü  
S.11**

**NGG-  
Kampagne gegen  
Billiglöhne  
S.16**

**Massenproteste  
in Brasiliens  
Hauptstadt  
S.8**

**Der Flughafen  
Schönefeld  
und die Politik  
S.13**

**ArGe Mitteilungen:  
Kurs Philosophie /  
Kurs Wirtschaft  
S.22**



## Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK  
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

**Herausgeber:** Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

**Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:**

**Aktuelles aus Politik und Wirtschaft:** Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821.

**Auslandsberichterstattung:** Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

**Regionales / Gewerkschaftliches West ...:** Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32 ... **und Ost** Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030 / 69 40 10 39, Fax: 030 / 69 40 10 41

**Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite:** Alfred Küstler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32

**In und bei der PDS:** Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373

**Termine:** Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Politischen Berichten veröffentlichen die Mitteilungen der „ArGe, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

**Verlag:** GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

**Bezugsbedingungen:** Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

**Druck:** GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

## Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ..... Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).

o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).

o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Kto-Nr. ....

BLZ: .....

Bank: .....

Unterschrift: .....

Ein senden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

**ENTRECHTUNG.** Menschen mit Behinderungen werden verstärkt vom Arbeitsmarkt verdrängt. Zunehmend zahlen Unternehmen – inzwischen 76 % – lieber die Ausgleichsabgabe von 200 DM monatlich, als ihrer gesetzlichen Verpflichtung zur Beschäftigung Schwerbehinderter nachzukommen. So sank deren Zahl in den letzten beiden Jahren um 3–4 %. Vor diesem Hintergrund fordert die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände eine Verschlechterung der Rechte von Schwerbehinderten im Arbeitsleben: Absenkung der Pflichtquote in Betrieben ab 16 Beschäftigten von derzeit 6 auf 5 % (real beträgt die Quote z.Zt. nur 3,9 %), Kürzung des gesetzlich verankerten Zusatzurlaubs für Schwerbehinderte; statt dessen sollen im Rehabilitations- und Schwerbehindertenrecht Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit stärker durchgesetzt werden. – Derzeit leben in der BRD 6,6 Mio. Menschen mit Behinderungen, ca. 8 % der Gesamtbevölkerung.

**KÖDERUNG.** Kriegsminister Scharping plant eine Initiative, Zeitsoldaten mit Gesellenprüfung nach ihrer Entlassung aus der Bundeswehr zu Handwerksbetrieben zu verhelfen. Nach seiner Auffassung sollen sie Betrieben, deren Inhaber keine Erben oder Nachfolger haben, übernehmen können. Mit einer entsprechenden Aufforderung will sich „in Kürze“ die Bundeswehr an die Handwerkskammern wenden. Diese Initiative steht im Zusammenhang mit der jüngst begonnenen „Ausbildungs- und Beschäftigungsinitiative“ und dient vor allem dazu, junge Männer für die Bundeswehr zu ködern. Am 8. Juli hatte Scharping mit mehreren Konzernen eine „Rahmenvereinbarung zur Förderung von Ausbildung und Beschäftigung abgeschlossen. Anfang August hat er zusammen mit der Handwerkskammer Koblenz das erste gemeinsame „Beratungszentrum“ von Bundeswehr und Handwerk eröffnet, weitere sollen folgen. In diesen Zentren sollen sich Bundeswehrsoldaten über berufliche Möglichkeiten und Perspektiven im Handwerk ebenso informieren können wie Handwerksunternehmen über Ausbildung und berufliche Qualifikation der Bundeswehr. Ob als nächster Schritt die Unterstützung deutscher KFOR-Soldaten beim Erwerb von Privateigentum auf dem Balkan erfolgt?

**„DISKRIMINIEREND, WÜRDE- UND RESPEKTLOS.“** Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen hat die Diskriminierung asylsuchender Kinder in der BRD scharf kritisiert. Flüchtlingskindern ist der Zugang zu Bildungseinrichtungen und zu Gesundheitseinrichtungen außerordentlich erschwert. So erhalten Kinder, die nur eine befristete Duldung haben, Krankenscheine, die ihnen kostenlose medizinische Behandlung nur bei akuten Erkrankungen ermöglichen. Oft auch werden unbegleitete asylsu-

chende Minderjährige kurzerhand für volljährig erklärt und unmittelbar nach ihrer Ankunft wieder abgeschoben. Oder aber sie müssen sich dem gleichen harten deutschen Asylverfahren stellen wie Erwachsene, dem sie noch viel weniger gewachsen sind. Pro Asyl kritisierte auf einer Pressekonferenz die Behandlung minderjähriger Flüchtlinge als „diskriminierend, würde- und respektlos“. Allein in Berlin saßen ca. 100 Kinder in Abschiebehaft. Pro Asyl fordert, daß die Abschiebehaft für minderjährige Flüchtlinge grundsätzlich verboten wird.

**SOZIALER WOHNUNGSBAU?** Der Mieterbund kritisiert, daß die rot-grüne Bundesregierung die Kürzung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau fortsetzt. Unter der CDU/CSU/FDP-Regierung waren die finanziellen Mittel für den sozialen Wohnungsbau zwischen 1994 und 1998 von 3,95 Mrd. DM auf 1,35 Mrd. DM zusammengestrichen worden; 1999 betragen sie nur noch 1,2 Mrd. DM. Mit dem Eichelschen Paket werden sie um weitere 600 Mio. DM reduziert. Damit stehe der soziale Wohnungsbau vor dem Aus. Der Mieterbund fordert außerdem, das Wohngeld nicht erst, wie vorgesehen, 2001, sondern bereits im nächsten Jahr zu erhöhen.

**TOTALÜBERWACHUNG.** Die Datenschutzbeauftragten mehrere Bundesländer haben jetzt die „ausufernde“ Überwachung von Telefon und Internet-Nutzung kritisiert, an der sich unter der rot-grünen Regierung nichts geändert habe. Die Zahl der bekannten Telefonüberwachungen – es gibt naturgemäß eine sehr hohe Dunkelziffer – hat sich von 1995 bis 1998 auf fast 10.000 verdoppelt. Neuerdings würden die Vorschriften für die Telefonüberwachung auf E-Mails und den Abruf von Informationen aus dem Internet ausgeweitet. Von Handy-Nutzern erstellen die Sicherheitsbehörden zunehmend „Bewegungsprofile“. Nach dem „Großen Lauschangriff“ wird nun der Boden für den „Großen Spähangriff“ bereitet. In Kaufhäusern, Supermärkten etc. sind Videokameras längst „normal“. In Bayern überwacht die Polizei regelmäßig öffentliche Veranstaltungen mit Videokameras. In Hamburg wurden jetzt erstmals Videokameras nicht nur auf den Bahnsteigen, sondern direkt in öffentlichen Verkehrsmitteln installiert. In etlichen Bundesländern ist die Überwachung von öffentlichen Plätzen schon seit Jahren erlaubt und immer mehr gäbe, in Hessen wird gerade das Polizeigesetz entsprechend geändert. Mit der Änderung werden in Hessen, wie schon in Bayern und Baden-Württemberg, verdachtsunabhängige Personenkontrollen (sog. Schleierfahndung) eingeführt. Stichwort dieser Entwicklung ist die „vorbeugende Bekämpfung von Straftaten“, mit der die Freiheitsrechte der Person der schrankenlosen polizeilichen Kontrollbefugnis geopfert werden.

# Einbruch auch in Richtung Lohn-Flexibilisierung oder nicht?

595 gewählte Delegierte repräsentieren beim 19. ordentlichen Gewerkschaftstag vom 3. bis 9. Oktober in Hamburg 2,75 Mio. Mitglieder in 178 Verwaltungsstellen (1992: 770 Delegierte und 3,4 Mio. Mitglieder). Die Anträge hat der Vorstand auffallend spät veröffentlicht. Die Empfehlungen der Antragsberatungskommission sind erst Ende August an die Delegierten gegangen. Insgesamt wurden 537 Anträge gestellt, davon 105 zur Satzung, 115 zur Entschlüsselung (E) 3 (Tarifpolitik), 79 zur E 4 (Sozialstaat) und 77 zur E 1 (Gesellschaftspolitik).

## Gesellschaftspolitik

In seinem Entwurf zur E 1 kommt der Vorstand erwartungsgemäß nicht zu einer Verurteilung der *Bombardierung Jugoslawiens durch die NATO und der Kriegsbeteiligung Deutschlands*: „Vertreibung und Vergewaltigung, Unterdrückung und Ermordung aus ethnischen, religiösen und nationalistischen Gründen, grobe Verletzungen der Menschenrechte haben auch in Europa zugenommen. Weil die politische Konfliktlösung versagte und verweigert wurde, waren diese Verhältnisse auch die entscheidende Ursache für den ersten Krieg in Europa nach 1945.“

Die IG Metall trete engagiert für den Aufbau einer globalen Zivilgesellschaft auf der Grundlage der Menschenrechte ein, in der Krieg als Mittel der Politik keinen Platz habe. „Bei grober Verletzung von Menschenrechten ... oder Aggression gegen andere Staaten ... muß das Mandat, über eine militärische Intervention zu entscheiden, bei der UNO liegen. Das verlangt auch, die politischen Entscheidungsstrukturen der UNO zu reformieren und die Blockademöglichkeiten einzelner Staaten zu beseitigen. Neue Strukturen der UNO und eine andere Rolle der NATO erfordern auch eine gesellschaftliche Debatte in den Mitgliedsländern. Die IG Metall wird sich daran aktiv beteiligen.“ (E 1, Vorstand)

In zehn Anträgen wird imperialistische Kriegspolitik der Bundesregierung im Zuge der „neuen Weltordnung“ strikt abgelehnt. Die NATO habe einen „völkerrechtswidrigen Krieg ohne UNO-Mandat“ geführt. Wörtlich heißt es weiter: „Die IG Metall fordert die Bundesregierung auf, die grundgesetzliche Beschränkung der Aufgabe der Bundeswehr auf den Verteidigungsauftrag einzuhalten“ (Antrag 106, Hattungen; Empfehlung der Antragskommission: „Annahme als Material zur E 1“). „Eine Beteiligung deutscher Soldaten an Eingreiftruppen der NATO oder WEU leh-

nen wir ab“ (108, Stuttgart; Empfehlung wie 106).

Der Jugendausschuß beim Vorstand stellt fest: „Rechte Orientierungen entstehen nicht nur am Rande der Gesellschaft, sondern auch in deren Mitte. (...) Für die *antirassistische und antifaschistische Arbeit im Betrieb* und in der Gesellschaft werden dauerhafte und aktive Bündnisse mit anderen Gruppen und Organisationen initiiert.“ Die IGM solle sich „gesellschaftspolitisch für ein Antidiskriminierungsgesetz, für die doppelte Staatsbürgerschaft und für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes einsetzen, sowie für ein europäisches Asyl- und Flüchtlingsrecht auf Grundlage der Genfer Flüchtlingskonvention“ (Antrag 179, Empfehlung: Annahme als Material für den Vorstand).

„Zur Kurdenfrage“ fordert Antrag 119 (Köln) eine „politische Lösung“, „politische und kulturelle Autonomie“ und „daß Abdullah Öcalan ein rechtsstaatlicher fairer Prozeß vor einem unabhängigen Zivilgericht bei öffentlicher Verhandlung, zu dem auch internationale Beobachter zugelassen werden, gemacht wird“ (Empfehlung: Annahme, mit der Ergänzung der „generellen Ablehnung der Todesstrafe“).

## Sozialpolitik

Anders als bei einigen lauwarmen Entschlüsselungen des Vorstands ist in der E 4 (verantwortlich Horst Schmitthenner) tatsächlich *Widerstand gegen die Fortsetzung des Sozialabbaus* unter „rot-grünen Vorzeichen“ zu spüren. So heißt es in der E 4: „Die IG Metall lehnt ... Maßnahmen eines ‚aktivierenden Sozialstaats‘ ab, der über die Androhung von Leistungskürzungen oder administrativen Repressalien sozialen Druck auf die Betroffenen entfaltet, statt für die Beseitigung der sozialen Probleme zu sorgen.“ Entschieden wendet sich die E 4 „gegen eine öffentliche Debatte, in der der Sozialstaat kaputtgeredet und Sozialabbau als Beleg für Modernität gewertet wird. ... Überlegungen, die Leistungen der Arbeitsämter stärker an Bedürftigkeitskriterien zu orientieren, die Beitragsfinanzierung abzuschaffen, ... Arbeitslosenhilfe zu beseitigen“, wird ebenso „eine klare Absage erteilt“ wie „pauschalen Niedriglohnkonzepten und von den Arbeitgeberern vorgeschlagenen Kombi-Modellen“.

Auch Zielsetzungen wie „Weiterentwicklung von Maßnahmen öffentlich geförderter Beschäftigung, die nicht in Konkurrenz zur privaten Wirtschaft und zum öffentlichen Dienst stehen“, auf



Grundlage „sozialer Bedarfsfelder“, unter „tarifvertraglichen Mindeststandards“ sind zu begrüßen, ebenso Forderungen nach „Reform des Steuersystems, die insbesondere hohe Geldvermögen sowie ausgewiesene und entnommene Gewinne wieder stärker in die Finanzierung des Sozialstaats einbezieht“, Forderungen, wie sie im Parteienspektrum nur bei der PDS zu finden sind.

Insgesamt setzt die E 4 deutliche Zeichen gegen die *Zerschlagung der Sozial-, insbesondere der Rentenversicherung*: „Lohn- und Beitragsbezug, Umlageverfahren, dynamische Rentenanpassung ... haben sich bewährt ... Den Umstieg in eine steuerfinanzierte Minimalrente oder eine kapitalgedeckte Privatversicherung lehnt sie (die IGM) ab ... Die Rentenversicherung muß durch eine steuerfinanzierte und bedarfsorientierte Mindest-/Grundsicherung im Alter ... armutsfest gemacht werden ... Angesichts der Arbeitsmarktkrise muß die beschleunigte Anhebung der Altersgrenzen ausgesetzt und zumindest zu den Regelungen des Rentenreformgesetzes 1992 zurückgekehrt werden.“

## Tarifpolitik – „Ertragsabhängig“ durch die Hintertür?

Schon im Vorspann zur Tarifpolitik bleibt der Vorstand relativ unkonkret. Zur Aufgabe „*die Einkommen sichern*“, hieß es z.B. in der Vergangenheit jeweils in der E 3: „Die zu erwartende Preissteigerung, der gesamtwirtschaftliche Produktivitätszuwachs und eine Umverteilungskomponente bleiben die Grundlage unserer Forderungen“ (1995). Auch dies ist nun erstmals nicht zu finden. Stattdessen ist schwammig von „Primärverteilung zwischen Kapital und Arbeit“, „Korrektur der Absenkung des Anteils der Arbeitnehmerinkommen am Sozialprodukt“ u.ä. die Rede.

Wenigstens soll die „Angleichung der Ost- an die Westeinkommen vorrangige Aufgabe gewerkschaftlicher Tarifpolitik“ bleiben. Auch „lehnt (die IGM) es ab, in Entgelttarifverträge Öffnungsklauseln aufzunehmen, die die Betriebsräte dem Erpressungsdruck der Arbeitgeber aussetzen“. „Gegen Bruch des Tarifrechts“ wolle man ebenfalls „mit allen politischen und rechtlichen Möglichkei-

## Wie die Regierung Schröder sparen will

Nach 16 Jahren christlich-liberaler Politik fand die rot-grüne Bundesregierung einen arg ramponierten Bundeshaushalt vor. Massenarbeitslosigkeit und Steuergeschenke an Großunternehmen und Banken hatten das Steueraufkommen deutlich sinken lassen. (...) Jede vierte Steuer-Mark wird mittlerweile für Zinsen ausgegeben. Die Konten von Vermögenden wuchsen und wuchsen ebenso mühelos wie unaufhörlich. Die Banken steigern ihre Gewinne –1998 um 64,2 Prozent auf 65,9 Mrd. DM. Allein die Großbanken versechsfachten im gleichen Jahr ihre Gewinne vor Steuern von 3,8 Mrd. DM auf 22,4 Mrd. DM.

An diese Vermögen traut sich aber die rot-grüne Bundesregierung nicht ran. Ganz auf der Linie des „Schröder-Blair-Papiers“ will sie mit massiven Belastungen für Arbeitslose, Rentnerinnen und Rentner sowie für die Kommunen die maroden Staatsfinanzen sanieren.

Das Vorhaben, Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe nur noch entsprechend der Inflationsrate zu erhöhen, trifft die meisten hart. Immerhin erhalten fast 80 Prozent der Bezugsberechtigten weniger als 1.200 DM monatlich.

Schröders und Riesters Rentenpläne verschärfen gerade für diese Gruppen das Problem der Altersarmut. Rentnerinnen und Rentner in den neuen Ländern wiederum werden die Angleichung ihrer Altersbezüge an das um 14 Prozent höhere Westniveau kaum noch erleben. Der Ost-West-Abstand vergrößert sich wieder.

Das Sparpaket sieht Entlastungen für Unternehmen im Umfang von 8 Mrd. DM vor. Aber auch unter einer rot-grünen Regierung werden die Unternehmen trotz dieser Entlastungen weiter rationalisieren und Arbeitsplätze abbauen.

Nach den Plänen der Bundesregierung soll die Neuverschuldung allein durch Streichen von Ausgaben vermindert werden. Das belastet besonders jene, die ohnehin mit kleinen Beträgen auskommen müssen: Arbeitslose, Menschen, die von Sozialhilfe leben sowie viele Rentnerinnen und Rentner.

Vor der Bundestagswahl 1998 versprach die SPD „Innovation und Gerechtigkeit“. Mit ihrem Sparpaket führt sie aber die gescheiterte neoliberale Umverteilung von unten nach oben fort. Das schränkt die Konsumnachfrage der Bezieherinnen und Bezieher von niedrigen und mittleren Einkommen ein, ist also ökonomisch kontraproduktiv und

## Wichtigste Maßnahmen des Konsolidierungspakets

Maßnahme	Haushaltsentlastung in Mrd. DM			
	2000	2001	2002	2003
Globale Minderausgaben	5,00	5,80	6,44	6,87
Kürzung der Sozialversicherungsbeiträge für Empfänger von Arbeitslosenhilfe <sup>1</sup>	4,50	4,40	4,40	4,30
Streichung des pauschalisierten Wohngeldes für Sozialhilfeempfänger	2,26	2,37	2,47	2,54
Kürzung der Bundeszuschüsse an die Rentenversicherung	2,00	3,40	2,70	0,40
Einsparungen bei den Personalausgaben	2,00	3,00	4,00	5,00
Folgewirkungen aus der reduzierten Renten Anpassung 2000 und 2001 <sup>2</sup>	1,80	4,50	5,10	5,50
Einsparungen im Verteidigungsbereich (ohne globale Minderausgaben)	1,27	1,55	1,94	1,94
Wegfall der originären Arbeitslosenhilfe	1,00	1,30	1,30	1,30
Kürzungen der Zuweisungen an die Bundesanstalt für einigungsbedingte Sonderaufgaben	0,92	-	0,15	-
Kürzungen der Zuwendungen für die Landwirtschaft	0,86	1,06	1,23	1,43
Einsparungen bei Struktur-Anpassungsmaßnahmen für ostdeutsche Wirtschaftsunternehmen	0,80	1,10	1,10	1,10
Ausfinanzierung des ERP-Eigenkapitalhilfeprogramms	0,55	0,44	0,36	0,15
Kürzungen bei der Projekt- u. institutionellen Förderung im Bereich Bildung und Forschung	0,53	0,53	0,80	1,11
Umstellung der BAFöG-Staatsdarlehen auf Bankdarlehen	0,50	0,45	0,40	0,35
Übrige Maßnahmen	6,11	8,45	9,48	17,26
<b>Insgesamt</b>	<b>30,08</b>	<b>38,35</b>	<b>41,8</b>	<b>49,25</b>

<sup>1</sup> Die Beiträge zur Renten- und Pflegeversicherung werden nicht mehr auf der Basis von 80% des vorangegangenen Bruttoarbeitsentgelts, sondern nach der Höhe der Arbeitslosenhilfe bemessen. <sup>2</sup> Z.B. die Begrenzung der Anpassung anderer Sozialleistungen

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht August 1999

sozial ungerecht.

Alles andere als innovativ und gerecht sind auch die Absichten der Bundesregierung, Ausgaben im Umfang von mindestens 4,1 Mrd. DM auf die Kommunen abzuwälzen – etwa mit einer neuen Wohngeldregelung und der Veränderung der Arbeitslosenhilfe. (...)

Die Bundesregierung macht den Osten Deutschlands nicht zur „Chefsache“ sondern zur Rupfgans. Die Mittel sollen verringert werden für

- Sachkostenzuschüsse an Träger von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen um 800 Mio. DM, - die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ um 67 Mio. DM, - die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben um 915 Mio. DM, - Forschung und Entwicklung um 15 Mio. DM, - Finanzhilfen für Pflegeeinrichtungen um 109 Mio. DM.

Man kann es drehen und wenden, wie man will: Der rot-grüne Sparkurs ist und bleibt ungerecht, unsozial und ökonomisch kontraproduktiv. (aus Platzgründen gekürzt)

ten“ vorgehen. Ferner fordert die E 3 eine gesetzliche Regelung entsprechend dem Urteil des Bundesarbeitsgerichts zur „Zulässigkeit von Verbandsklagen“ bei Tarifbruch und „lehnt jegliche Änderung des § 77 Abs. 3 Betriebsverfassungsgesetz (Tarifvorbehalt, Günstigkeitsprinzip) ab“. Keine Kompromisse auch beim § 146 SGB III (alt § 116 AFG): „Wir fordern die Rücknahme des Antistreikparagraphen ...“

Zur Annahme empfiehlt die Antragsberatungskommission Antrag 305 (Hannover), ein Konzept für tarifvertragliche Regelungen in Leiharbeitsfirmen zu erarbeiten. Laut E 5 ist eine „Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes“ unter „Anpassung des Betriebs-, Unternehmens- und Arbeitnehmerbegriffs an die veränderte Arbeitswelt überfällig“. Was die Ausbildungsplatzabgabe betrifft, fordert die E 8 eine „gesetzlich geregelte betriebliche Umlagefinanzierung“.

„Lohnleitlinien oder Lohnkorridore durch das Bündnis für Arbeit lehnt die IG Metall (zwar) strikt ab“ (E 1). Über „wirtschaftliche Rahmenbedingungen“, „volkswirtschaftlich sinnvolle Verteilungspolitik“ und „beschäftigungsorientierte Tarifpolitik“ wolle man aber mit sich reden lassen. Debatten dürften auch um folgende neue Passagen anstehen: „Die Absicherung des Flächentarifvertrages erfordert die betriebliche Anpassung durch tarifvertragliche Regelungen, dort, wo der Grundsatz des Flächentarifvertrages nicht greift.“ Auch könnten „neue arbeitsorganisatorische Konzepte“ „betriebliche Tarifkommissionen“ und den „Abschluß betrieblicher Regelungen unter Einhaltung der Richtlinien für Tarifkommissionen“ erforderlich machen. Der Vorstand werde eine „Konzeption zur Durchführung von betrieblichen Tarifbewegungen für Firmentarifverträge und Ergänzungs-Tarifverträge entwickeln ...“

Betreffend *Arbeitszeitgesetz* wird Antrag 353 (Dortmund) zur Annahme empfohlen, „auf die Bundesregierung einzuwirken, die gesetzlich zulässige Arbeitszeit drastisch zu verringern“. Konkrete Festlegungen auf Stunden sollen durch diesen Antrag „erledigt“ sein. Die E 3 ist hier tarifpolitisch offen: „Die IG Metall tritt für weitere generelle Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Entgelt- und Personalausgleich ein. Dabei sind verschiedene Formen denkbar. Dies gilt sowohl für die Wochenarbeitszeitverkürzung (30- oder 32-Stunden-Woche) als auch für Regelungen von verkürzter Jahresarbeitszeit (1400 Stunden-Jahr = Absenken der bisherigen Regelarbeitszeit um 10 %) alternativ oder in Kombination. ... Außerdem soll geprüft werden, welche zusätzlichen Formen von Arbeitszeitverkürzung für besonders belastete Beschäftigten Gruppen (z.B. Nacht- und Schichtarbeiterinnen und -arbeiter) sinnvoll sind.“

Ein Dutzend Verwaltungsstellen spricht sich explizit für die 32- bzw. 30-

Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich aus, andere für „tarifliche Regelungen zur Sicherung vorgezogenen Renteneintritts mit 60“. Wobei die entsprechenden Anträge zum „Tariffonds“ davon ausgehen, daß es „keinesfalls zu einer alleinigen Belastung der Arbeitnehmer/innen kommen darf. Die Arbeitgeber haben mindestens die Hälfte der Kosten zu tragen“ (260, Neuwied; Empfehlung: Annahme, wobei die „Beiträge in einen Tariffonds steuerfrei“ gestellt werden sollen).

Das *Handelsblatt* (5.8.99) und interessierte Kreise versuchen sich als Gewerkschafts-Orakel: „Arbeitszeitpolitik wird Kongreßschwerpunkt – IG Metall vor neuer Grundsatzdebatte. Nur eine Einigung im Bündnis für Arbeit auf einen Tariffonds für die Rente mit 60 dürfte verhindern, daß es 2001 zu einem Großkonflikt um kürzere Arbeitszeiten kommt.“ Tatsächlich wird beides zur Annahme empfohlen. Eine solches Ablenken und Hochstilisierung zu einer „Neuaufgabe der Debatte Ende der 70er Jahre“ muß also Gründe haben. Denn auch dem *Handelsblatt* kann nicht entgangen sein, daß ein grundlegender Richtungsstreit auf dem Kongreß wirklich ausgetragen werden muß: Einbruch auch in Richtung Lohn-Flexibilisierung oder nicht.

Nachdem die Forderung der Metall-Kapitalisten in der Tarifrunde im Frühjahr, tarifliche Löhne und Gehälter, insbesondere betriebliche Sonderzahlung („Weihnachtsgeld“) und Urlaubsgeld ertragsabhängig zu machen, zurückgeschlagen wurde, haben dies innergewerkschaftlich einige in den letzten Monaten wieder vom Zaun gebrochen. Unnötigerweise. Laut Peters (IG Metall-Vorstand) habe „die IG Metall immer erklärt, daß sie gewinnabhängige Lohn-elemente nicht von vornherein ablehnt“. Als „Entscheidungskriterium für ein erfolgsabhängig erhöhtes Weihnachtsgeld“ biete sich statt gelegentlich praktizierter „Bindung an die Dividendenzahlung“ der „Cash-flow als solideste und auch betriebsnahe Kennziffer“ an (nach *Gewerkschaftliche Monatshefte*,

Mai 1999).

Entsprechend ist im E 3-Entwurf (entgegen einer zehnjährigen Beschlußlage) zu lesen: „Die IG Metall bejaht die Entwicklung von tariflichen Rahmenbedingungen zu ergebnisabhängigen Entgelten mit objektivierbaren Kriterien.“ Ähnlich formulieren zwei Anträge – vor dem Hintergrund gewaltiger „Sonderkonjunkturen“ bei Firmen wie Daimler Chrysler, Porsche oder Audi: „Beteiligung der Beschäftigten an den Gewinnen: Hierfür ist ein tarifpolitisches Instrumentarium zu entwickeln. Dies könnte über einen zusätzlichen Entgeltbaustein erfolgen.“ (224, Neckarsulm; 225, Stuttgart; Empfehlung der Antragsberatungskommission: „Annahme als Material zur E 3“).

Selbstverständlich betonen Peters u.a. immer wieder, hier gehe es nur um bisher überrarifliche Leistungen, um „Gewinnabhängigkeit“, nicht um „Ertrags-“ und damit auch „Verlustabhängigkeit“, mit Abweichungen von den tariflichen Mindestbedingungen nach unten: Ergänzend heißt es deshalb im E 3-Entwurf: „Ergebnisabhängige Entgelte sind jedoch nur zusätzlich zu den bestehenden tariflichen Entgelten denkbar“. Die Kapitalisten und ihr Anhang in der Presse haben damals im Mai unisono über „Peters grundlegenden Kurswechsel“, weg vom Lohn als Wert der Arbeitskraft, weg von „Traditionalismus“ und „Tabu“ jubiliert. Natürlich könne und werde derartiges „keine Einbahnstraße“ sein und müßten die „Tarife in beide Richtungen schwanken können“. Zur Erfolgs- gehört auch die „Mißerfolgsbeteiligung“. Sie wissen, daß tarifliche Mindestsicherung in Kürze frommer Wunsch wäre.

Zwei Anträge bekräftigen im Gegensatz zum Vorstand die bisherige ablehnende Beschlußlage von 1992 und 1995 („Regelmäßige tarifliche Entgeltbestandteile, die ertragsabhängig sind, werden ... abgelehnt“, E 3 1995) nochmals im selben Wortlaut. Antragskommission und Vorstand haben diese Anträge nicht zufällig völlig deplaziert nach hinten in andere Komplexe versteckt (281, Waiblingen und 298, Gelsenkirchen). Natürlich mit der Empfehlung bzw. dem Vermerk: „Erledigt durch E 3“. Bei Annahmen der vorher zur Abstimmung stehenden E 3 wären sie somit vom Tisch. Die dringend notwendige Beibehaltung der bisherigen Linie der IG Metall gegen ertrags- bzw. ergebnisabhängige Tarife ist demnach nur noch durch einen diesbezüglichen Änderungsantrag zur eigentlichen E 3 durchzusetzen. Es ist dringend notwendig, daß sich auf dem Kongreß Delegierte finden, die dies umsetzen. aro

**Konzerne zögern Regelung hinaus**

## Unverzügliche Entschädigung für NS-Opfer!

Ursprünglich war der September als Zeitpunkt vorgesehen, zu dem die Gespräche über die Entschädigung der noch lebenden Zwangsarbeiter deutscher Konzerne zu einer Regelung kommen sollten. Daran ist längst nicht mehr zu denken.

Am 28. August ging eine dreitägige Verhandlungsrunde zu Ende. Am 6./7. Oktober sollen die Gespräche in Washington fortgesetzt werden. Bei den Verhandlungen geht es zum einen um eine staatliche Bundesstiftung – den Gesetzentwurf dazu will die Regierung dem Vernehmen nach in Kürze vorlegen –, zum anderen um einen Fonds von 16 deutschen Konzernen (darunter Daimler-Chrysler, Volkswagen, Siemens, Deutsche Bank, Dresdner Bank, BMW, Allianz, Bayer). Am 6. September will der von der Bundesregierung eingesetzte Sonderbeauftragte Graf Lambsdorff zusammen mit den Vertretern der 16 Konzerne Kanzler Schröder über Verhandlungsstand und Perspektiven informieren, die Konzerne wollen dabei mitteilen, welches Volumen sie sich für den von ihnen zu finanzierenden Fonds vorstellen.

Die Differenzen zwischen den Rechtsvertretern der Opfer und den Vertretern und Nachfolgern der Täter sind dem Vernehmen nach groß. Nach der letzten Runde erboste sich Lambsdorff über Forderungen von bis zu 30 Mrd. \$ – von den Anwälten wird diese Summe allerdings bestritten. Möglichst streng will Lambsdorff auch definiert haben, wer als „Geschädigter“ zu gelten habe und damit anspruchsberechtigt sei. Alles andere führe „zu Gesamtsummen, die keiner mehr darstellen kann“. Wen genau er wegdefinieren und von den Entschädigungszahlungen ausschließen will, sagte er in der Öffentlichkeit nicht. Die Frage ist auch deshalb wichtig, weil die Konzerne den Fonds nur einrichten wollen, wenn sie „Rechtssicherheit“ haben, daß ihre Opfer und deren Nachfahren auf Zivilklagen gegen die Unternehmen verzichten. Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma zum Beispiel ist, entgegen früheren Zusagen aus dem Kanzleramt, von den Gesprächen über den Industriefonds ausgeschlossen, wie sein Vorsitzender Romani Rose am 27.8. die Öffentlichkeit informierte.

Nicht geklärt in den bisherigen Verhandlungen ist auch der gesamte Komplex der „Arisierung“ jüdischer Banken und daraus erwachsender Entschädigungszahlungen. Opfer-Anwalt Witt warf der Regierung vor, sie wolle bewußt Ansprüche von früheren Kunden jüdischer Banken unter den Tisch fallen lassen – Regierung und deutsche Banken behaupten, die Ansprüche seien durch das deutsche Entschädigungsgesetz begli-



**Bild: IG Metall im Warnstreik während der Tarifrunde 1999**



Italien

## „Mailand-Pakt“ – Löhne ultralight, Arbeitsrechte null?

Die Debatte um Flexibilisierung und Deregulierung der Arbeitsbedingungen tritt in Italien in diesen Wochen in eine neue Phase. Der aktuelle Kristallisationspunkt ist dabei ein „Pakt für Arbeit in Mailand“. Ende Juli haben ihn der konservative Oberbürgermeister Albertini, der Unternehmerverband Assolombarda und die beiden Gewerkschaftsbünde CISL und UIL (nicht die traditionell links orientierte CGIL) unterschrieben. In einer Vorvereinbarung und sieben Anlagen wurden die Grundzüge für neue, extrem deregulierte Arbeitsbeziehungen skizziert, deren Einzelheiten offiziell im September zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften ausgehandelt werden sollen.

Albertini hat in einem Interview mit der Wirtschaftszeitung *Il sole 24 ore* die Absichten beschrieben: den Eintritt von Eingewanderten – aber nicht nur von ihnen – in die Arbeitswelt zu fördern „zu Bedingungen, die Unternehmen weniger belasten, indem ihnen eine niedrigere Entlohnung als die tarifliche (und folglich auch reduzierte Sozialbeiträge) garantiert werden und Flexibilität der Beschäftigung mit Verträgen mit einer Höchstlaufzeit von zwei Jahren und der Möglichkeit ihrer Auflösung zu jedem Augenblick“. „Leicht“ nennt Albertini diese Arbeitsverträge, für die Hungerlöhne von monatlich umgerechnet 600 bis 800 DM angestrebt werden. Die Befristung soll nicht begründet werden müssen, es genügt die Zustimmung der Beschäftigten. Die bisherige Verpflichtung in Branchentarifen, bei Befristungen einen bestimmten Prozentsatz der Belegschaft nicht zu überschreiten, würde entfallen.

Die vorgesehenen Anwendungsbeispiele sind weit gefaßt: Städtische Dienste (Reinigung und Unterhaltung von Straßen, Plätzen, Parks sowie Verkehrskontrollen), persönliche Dienstleistungen (Unterstützung von Alten, Kranken und Kindern, Gaststättengewerbe, Unterhaltung, Kultur und Tourismus), Dienste für öffentliche und private Unternehmen (sog. facility management, was die Übernahme aller Aufgaben meint, die diese Unternehmen nicht zu ihrem innersten Kerngeschäft zählen). Offizielle Begründung für das Programm ist die Bekämpfung von Kleinkriminalität und Schwarzarbeit. Tatsächliche Folgen wären die Erosion städtischer Wirtschaftsunternehmen und ein brutaler Druck auf die Tarifverträge.

Die Erwartungen über die Reichweite gehen auseinander. Während Alber-

tini von gut 10 000 solcher Arbeitsverhältnisse in einer ersten Phase schwärmt, erklärte ein UIL-Vertreter, schon 100 wären für den Anfang gut. Was passiert, wenn die Adressaten des Programms wegen der miserablen Bedingungen ablehnen, ist bislang noch nicht recht klar.

Zunächst waren vor allem die Einwanderer in Mailand (viele aus Nordafrika) im Visier, was den CGIL-Vorsitzenden Cofferati zu dem Urteil „Rassismus“ veranlaßte. Inzwischen zieht die Diskussion weite Kreise und wird die Ausdehnung der „leichten Verträge“ auf andere Städte diskutiert. In der Vorvereinbarung selber werden Jugendliche, Ältere und Langzeitarbeitslose genannt. In Rom wünscht sich der Oberbürgermeister Rutelli (Grüne) eine Übernahme der Regelungen, um die Stadt für das „Heilige Jahr“ 2000 herrichten zu lassen. Voraussetzung ist für ihn allerdings, daß auch der Gewerkschaftsbund CGIL die Regelungen mitträgt.

Dessen Urteil ist negativ: „Es ist ein Pakt, der den ganzen Arbeitsmarkt von Mailand destabilisiert und die nationalen Tarifverträge bis an die Wurzeln zu untergraben droht. Er fügt zusätzliche Flexibilisierungen in die schon bestehenden ein und erweitert die befristeten Verträge maßlos und fördert so die prekäre Beschäftigung. Darüber hinaus gibt es keinerlei Zusammenhang zwischen Flexibilisierung und neuer Beschäftigung“.

Die Aussichten für Widerstand sind nicht nur wegen der gespaltenen Position der Gewerkschaften trüb. Einen öffentlichen Aufschrei gegen das Vorhaben gibt es nicht. Hinzu kommt, daß der Mailänder „Pakt“ an andere schon bestehende Sonderregelungen anschließt. Diese hatten im Süden mit einigen Sonderzonen-Tarifen unterhalb der nationalen Branchentarife begonnen. Im Juni war für das kommunale Stadtreinigungsunternehmen in Rom (Ama City) eine Sondervereinbarung (auch hier ohne CGIL) getroffen worden.

Hinter der gespaltenen Reaktion der Gewerkschaften stehen weitreichende Fragen: Sollen die Gewerkschaften die Flexibilisierung kritisch beschränken oder im Gegenteil offensiv aufgreifen? Sollen und können die traditionell landesweiten Branchentarife als solche verteidigt werden, oder sollen gemischte Formen aus landesweiten und dezentralen Regelungen angestrebt werden, oder sollen generell Regelungen auf unterster Ebene gesucht werden? Wie sollen Löhne und Arbeitsrechte unter den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen künftig überhaupt aussehen? Gewerkschaften und linke Parteien denken über künftige Strategien nach, einige wollen in den nächsten Wochen und Monaten entsprechende Plattformen vorlegen.

chen. Das sei, kritisiert der Anwalt, „in Kenntnis gelogen“. Er habe Beweise, daß viele Betroffene trotz Entschädigungsgesetz keine Wiedergutmachung erhalten haben. Eine Vereinbarung in den Gesprächen sei ohne Lösung auch dieser Frage nicht denkbar.

So führt das Vorgehen der Konzerne, die aus der Versklavung von rund 12 Millionen Zwangsarbeitern, aus dem Leben, das sie ihnen aussaugten, horrenden Profit schlugen, nicht nur dazu, daß sie um jeden Pfennig unerträglich feilschen, sondern auch dazu, daß sich die Verhandlungen mehr und mehr in die Länge ziehen. Beim gegenwärtigen Stand ist noch nicht einmal sicher, daß es überhaupt zu einer Regelung kommt.

Das Durchschnittsalter der Betroffenen liegt bei 81 Jahre. Jeden Monat, den die Konzerne herauschinden, ja jede Woche verringert sich die Zahl, die überhaupt noch Entschädigung beanspruchen kann. Anders allerdings als bisher vermutet, leben nach einer neuesten Studie noch rund 2,3 Millionen NS-Zwangsarbeiter – bisher war man von bis zu einer Million ausgegangen.

Die PDS fordert von der Regierung, daß sie notfalls mit der Zahlung der Entschädigung beginnt, auch wenn es noch keine Einigung zwischen den Opfer-Verbänden und den deutschen Konzernen gebe.

### Überlebende fordern die Absetzung Lambsdorffs

Währenddessen hat sich u.a. das Auschwitz-Komitee an die Öffentlichkeit gewandt: „Wir, Überlebende der Shoah, der Konzentrationslager und der Zwangsarbeit, fordern die Bundesregierung und die betroffenen Firmen der Unternehmensstiftung auf, den Beauftragten für die Verhandlungen zur Entschädigung der Zwangsarbeiter und anderer NS-Opfer, Otto Graf Lambsdorff, von seinem Amt zu entbinden.“ Die Überlebenden weisen in ihren Schreiben nach, daß Lambsdorff zu Beginn der 50er Jahre als Kreisvorsitzender der bekanntermaßen rechtsextremistischen Aachener FDP Nazikriegsverbrecher getroffen und unterstützt und sich an Veranstaltungen mit ihnen beteiligt und ihre Kampagnen mitgetragen hat.

scc

rok

## Erdbeben in der Türkei

Nach dem schweren Erdbeben sind in den betroffenen sieben Provinzen vermutlich 45 000 Tote zu beklagen, Zehntausende wurden verletzt und etwa eine halbe bis eine Millionen Menschen obdachlos. Zwischen 80 000 und 100 000 Wohnhäuser wurden zerstört, die großen Städte im Epizentrum des Bebens verloren ihre Infrastruktur an Gas-, Wasser- und Abwassersystemen.

Das Erdbeben hat eine ca. 20 000 Quadratkilometer große Region getroffen, in der knapp 15 Millionen Menschen leben und arbeiten, fast ein Viertel der Gesamtbevölkerung. Es ist die große Industrieregion der Türkei, die mehr als ein Drittel des Bruttoinlandsprodukt erwirtschaftete. Entlang der südlichen und östlichen Küsten des Marmara-Meeres sind die meisten ausländischen Werke konzentriert. Izmit, das Epizentrum des Bebens und 100 Kilometer südlich Istanbul gelegen, war das Herz der türkischen Wirtschaft. Hier waren 15 Prozent aller türkischen Industrieanlagen konzentriert. Schlüsselunternehmen wurden hart getroffen: Die Reifenfabriken von Bridgestone, Goodyear und Pirelli, die Fahrzeugmontagewerke von Fiat, Ford, Honda, Hyundai, Renault und Toyota und auch die Werke von Bayer, Mannesmann und Siemens. An einheimischen Großfirmen: die Kunstfaserfabrik Aksa, der Haushaltsgerätehersteller Arcelik, der Fertigbetonhersteller Bolu Climento, die Reifenfirma Brisa, die Elektronikfabrik Ihlas Ev Aletleri, der Verpackungshersteller Kartosan und der Kleinbusersteller Otokar. Am heftigsten wurde die Staatsholding Tüpras, das größte Industrieunternehmen der Türkei mit einem Umsatz von 3,8 Mrd. Dollar 1998, getroffen. In Izmit betreibt Tüpras die größte Ölraffinerie des Landes. Die Anlagen stellten 41 Prozent der Raffineriekapazität der Türkei dar, produzierten 36 Prozent des türkischen Bedarfs an Mineralölzeugnissen und dabei allein 86 Prozent des Benzinbedarfs. Die Raffinerieanlagen wurden vom Erdbeben zerstört, die großen Erdöl- und Brennstofftanks brennen seit dem Beben. Die Zentralbank schätzt die unmittelbaren

Erdbebenschäden auf rund 12,6 Mrd. Dollar, die Zeitung Finansal Forum auf 25 Mrd. Dollar, der Industriellenverband Tüsiad auf rund 40 Mrd. Dollar. Die Kosten eines Wiederaufbaus der zerstörten Wohnhäuser sind darin nicht enthalten. Es fehlen auch die Kosten für die völlig zerstörten Wasser- und Abwasserleitungen usw.

Getroffen hat das Erdbeben wie in den Jahren 1992 in Erzincan, 1995 in Dinar und 1996 in Adana hauptsächlich die Armen. Ab 1943 bis 1985 wurden gezielte Vorsichtsmaßnahmen gegen Erdbeben getroffen. Sondergesetze und Verordnungen wurden geschaffen, die die Bebauung der erdbebengefährdeten Gebiete regeln sollten. Nach 1985 wurden diese Gesetze einfach übergangen. Im Rahmen der Privatisierungswellen des Staatseigentums wurden Privatinvestoren Baugenehmigungen erteilt, wo und wie sie es wollten. Bis heute entstanden um die großen Zentren ganze Gürtel neuer Stadtteile, teilweise aus Slumgebieten hochgezogen. Aus der Landflucht und aus der Vertreibung der Menschen aus den kurdischen Provinzen schlugen Bauhaie ihren Profit. In den Vororten von Istanbul wurden mehrstöckige Häuser ohne Baugenehmigung hochgezogen. Die Viertel rund um den Istanbul Flughafen sind fast völlig zerstört, die Häuser wurden hier in Billigbauweise auf Sand gebaut. 90 Prozent der Häuser eines dieser Profitgeier, des Bauunternehmers Göcer, brachen zusammen.

Nach jeder Erdbebenkatastrophe der letzten zehn Jahre hatten die Regierungschefs und Staatspräsident Demirel Änderungen besonders für die Bauwirtschaft versprochen. Geworden ist daraus nichts.

Polizei, Militär, staatliche Organisationen oder der türkische Rote Halbmond traten bei den Hilfsmaßnahmen kaum in Erscheinung. Im großen und ganzen mußten die betroffenen Menschen sich selber helfen. An der Unfähigkeit von Regierungs- und Verwaltungsstrukturen wurde deutlich, daß in der türkischen Gesellschaft Posten nach Parteibuch, nach Gefälligkeiten usw. vergeben werden. Gouverneure aus den betroffenen Provinzen wurden abgelöst. Die Regierung ging erst vier Tage lang auf Tauchstation, bevor sie überhaupt zur Beratung zusammentrat. Gesundheitsminister Durmus von der faschistischen MHP wies gleich zu Beginn die Hilfe Griechenlands, Zyperns und Armeniens ab. Demirel erwehnte sich einer aufgetragenen Menschenmenge mit den Worten: „Probt nicht den Aufstand gegen Gott angesichts eines Ereignisses, das von

Gott geschickt wurde. Wir sind Moslems und werden von Allah eine Lösung erwarten.“ Das Militär, der Garant des türkischen Staatssystems, sorgte sich einzig um die Bergung eigener Leute und Anlagen. Die zweitgrößte Natoarmee mit 800 000 Soldaten stellte nur 53 000 von ihnen für das Erdbebengebiet ab. Armeeärzte, Feldküchen oder gar Zelte sind nicht zu sehen. So nimmt es nicht wunder, daß die sonst so staatstragenden türkischen Medien die staatlichen Strukturen schwer anklagen und Kommentatoren eine zivile Gesellschaft verlangen. Teilweise wurde den Medien eine Berichterstattung verboten.

Versuchten Premier Ecevit und Staatspräsident Demirel in den letzten Monaten, das besonders durch die Susurluk-Affaire schwer angeschlagene Vertrauen in den Staat zurück zu gewinnen, stehen sie jetzt vor einem Scherbenhaufen. Die nationalistische Mobilisierung zu den Wahlen und nach Öcalans Entführung ist vorbei, geblieben ist Enttäuschung und Ernüchterung über die Unfähigkeit und die Korruption der staatlichen Institutionen. Es war immer das Militär, das die Kabinette billigte und auch diesmal die Koalition zusammenbrachte zwischen Ecevit, Yilmaz und der faschistischen MHP. Jetzt steht auch das Militär unter schwerem politischen Druck. Das Ausmaß der Regierungskrise ist noch nicht abzusehen, das Gebilde des kemalistischen Staates ist auf jeden Fall schwer erschüttert.

Die private Hilfsbereitschaft ist auch in Deutschland erheblich größer als die staatliche. Das schäbige Verhalten der Bundesregierung und der Innenminister in Sachen Einreiseerlaubnis nach Deutschland für Erdbebenopfer macht das deutlich. Und unter dem Vorwand, der Türkei helfen zu wollen, macht sich Außenminister Fischer daran, die seit Jahren gesperrten Gelder der EU freizukriegen. Die Nichteinhaltung der Menschenrechte in der Türkei und die Kurdenfrage, beides Gründe der Sperrung, spielen dabei keine Rolle mehr. Das geht so weit, daß unter dem Thema Erdbebenhilfe ein beschleunigtes Aufnahmeverfahren der Türkei in die EU betrieben wird. Die hier ebenfalls festgelegten Kriterien bzgl. der friedlichen Lösung des Kurdenkonfliktes und der Einhaltung der Menschenrechte sollen anscheinend endgültig vom Tisch verschwinden. Die Regierung macht sich auch für verstärkte Kreditvergabe an die Türkei stark. Die Türkei ist jetzt schon eines der Länder, das weltweit die höchsten Auslandsschulden hat. Die Auflagen des IWF und der europäischen Kreditgeber werden die Menschen in der Türkei weiter drangsalieren. Ein Garant dafür ist einer der Türkeibeauftragten der Regierung, der CDU-Politiker Leisler-Kiep, der schon direkt vor dem letzten faschistischen Militärputsch 1980 das Türkei-Konsortium für die Umschuldungsverhandlungen führte.

rub



# Massenproteste in Brasiliens Hauptstadt

Von Andres Cañizalez

(Rio de Janeiro, 23. August 1999, npl). – „Es ist traurig, daß in Brasilien die Strafflosigkeit eine Festigung der Demokratie verhindert“, sagte Fernando Henrique Cardoso. Sichtlich erbost kommentierte der Präsident den Freispruch für drei Chefs der Militärpolizei, die gemeinsam mit 147 weiteren Polizisten wegen eines Massakers an landlosen Bauern im April 1996 vor Gericht stehen. Erstmals scheinen der Präsident und die Landlosenbewegung MST (Movimento Sem Terra), die den Prozeß als Farce bezeichnete und einen „Krieg gegen die Justiz, die Mörder von Bauern, Gewerkschaftern und Anwälten schützt“ ankündigte, an einem Strang zu ziehen. Offenbar tritt Cardoso die Flucht nach vorn an: Seine Regierung steht in der Kritik, und die Hauptstadt Brasilia ist dieser Tage Schauplatz riesiger Demonstrationen, in denen Opposition und Bauern ihrem Unmut Luft machen. 19 Tote und 40 Verletzte forderte der Einsatz der Militärpolizei, die vor drei Jahren mit Schußwaffen eine MST-Demonstration für eine schnellere Agrarreform stoppten. Die Fernsehbilder des „Massakers von Carajas“ im Norden des größten lateinamerikanischen Landes gingen um die Welt. Es dauerte 40 Monate, bis sich die Justiz in einem der größten Gerichtsprozesse der brasilianischen Geschichte des Falles annahm. Nur vier Tage brauchten Richter und Geschworene, um den Einsatzleiter und zwei ranghohe Offiziere „aus Mangel an Beweisen“ Ende vergangener Woche frei zu sprechen. Trotz Videoaufnahmen und unzähliger Zeugen beharrt die Verteidigung darauf, daß die Landlosen zuerst geschossen hätten. Auch gegenteilige Gutachten hielten Richter Ronaldo Valle nicht davon ab, die drei Hauptangeklagten zu entlasten. Auf seinen Vorschlag hin, das bis Mitte Dezember angesetzte Verfahren gegen die verbleibenden Militärpolizisten fortzusetzen, legte Oberstaatsanwalt Marco Aurelio Nascimento am Freitag sein Amt nieder. Gemeinsam mit den Nebenklägern forderte er das Innenministerium zu einer Stellungnahme auf.

Dieser ungewöhnliche Schritt könnte Erfolg haben, nachdem bereits der Menschenrechtsbeauftragte der Regierung, Cardosos Vertrauter Jose Gregori, deutliche Worte fand: „Ein Urteil, das keine Gerechtigkeit schafft, sollte nicht beklagt, sondern annulliert werden.“ Zudem ist das Ansehen Brasiliens in Gefahr. Die Menschenrechtsorganisation Americas Watch kritisierte die einseitige Justiz und nannte das Urteil die „Geschichte eines angekündigten Freispruchs“. Schnell reagierte Agrarminister Raul Jungmann. Schriftlich bat er die MST, die größte und zugleich radikalste soziale Bewegung des Landes, keine gewalttätige Antwort zu geben. Zurecht fürchtet er die Mobilisierungsfähigkeit der Landlosen, die seit Jahren brachliegende Län-

dem Protestmarsches übergaben dem Parlament eine von 1,3 Mio. Bürgern unterschriebenes Dokument, in der die Einsetzung einer Kommission gefordert wird, die überprüfen soll, ob bei der Privatisierung von Staatsbetrieben Cardoso oder andere Politiker sich der Korruption schuldig gemacht haben. Der Regierung warfen die Demonstranten vor, sie lasse „den großen Bankiers, den Großgrundbesitzern und den internationalen Multikonzernen“ über Steuervorteile öffentliche Mittel zukommen und kümmere sich nicht darum, daß die Mehrheit der Bevölkerung in Armut lebe.

Und die Transportarbeiter, die Ende Juli einen kurzen, aber effektiven Streik ausriefen, wollen ab dem 1. September das Land von Zentrum aus lahmlegen. Es wird eng in Brasilia. Seit Tagen campieren hier bereits 15.000 Landwirte mit 2.000 Lastwagen und Traktoren, die einem Aufruf der Agrarkonföderation CNA folgten. Sie fordern die Halbierung ihrer Schulden bei der Staatsbank, die durch Zinserhöhungen unbezahlbar geworden sind. Cardoso, vom Internationalen Währungsfonds (IWF) zu strikter Sparpolitik angehalten, will jedoch



dereien besetzen und Siedlungen schaffen, um den Millionen verarmten Landarbeitern ein Auskommen zu ermöglichen. Ihr Kampf, der sich gegen die halbherzige Agrarreform der Regierung Cardoso richtet, kostete bereits über 100 Aktivisten das Leben.

Derzeit befinden sich wieder mehrere Tausend MSTler auf einem 1.500 Kilometer langen Marsch Richtung Brasilia. Am 7. Oktober wollen sie auf 100.000 angewachsen sein und die Hauptstadt zum Forum ihrer Forderungen machen. Für Donnerstag (26.8.) hatte die Oppositionspartei PT des populären Sozialisten Lula da Silva gemeinsam mit dem Gewerkschaftsdachverband CUT zu einer großen Demonstration in Brasilia aufgerufen, an der über 100.000 Menschen teilnahmen. Lula da Silva sagte, Cardoso sei kein Präsident, sondern „eine Marionette in den Händen der internationalen Spekulanten“. Die Veranstalter des

nur einen geringeren Teil der Schulden stunden und bedient sich auch hierbei einer Argumentation, die sonst nur der MST vertritt: Von dem Erlaß würden vor allem Großgrundbesitzer profitieren. In der Tat wird die CNA von Großbauern dominiert, die auch Schutz vor Enteignungen fordern und im Verdacht stehen, Pistoleros gegen MST-Aktivisten anzuheuern. Die anwachsenden Proteste, auf die Präsident Cardoso bislang ungewöhnlich zurückhaltend reagiert, sind eine Folge des Börsencrashes vom Frühjahr. Damals sah sich die Regierung gezwungen, die Landeswährung trotz Inflationsgefahr um 50 Prozent abzuwerten, wovon sich die Wirtschaft bis heute nicht erholt hat. Hohe Zinsen und ein Anstieg der Benzinpreise um 65 Prozent machen der Bevölkerung schwer zu schaffen. Inzwischen sprechen sich in Umfragen zwei Drittel aller Brasilianer gegen die Politik von Cardoso aus.



**Polen: Bauerproteste verschärfen sich. Bauern leeren auf einem Bahnhof bei Muszy-na /Region Krakow) Wagons eines Güterzuges, der ausländischen Weizen geladen hat. Mit der Aktion protestieren sie gegen die Weizenimporte Polens. (Bild ND)**

## Frankreich: Bauernproteste gegen McDonalds

Seit zwei Wochen führen die südfranzösischen Bauern einen Kampf gegen die Fast-Food-Kette McDonalds. Ausgangspunkt der Proteste ist der Verfall der Obst- und Gemüsepreise auf den regionalen Großmärkten. Verantwortlich dafür machen die Bauern dem Handel, dem sie vorwarfen, die Preise auf ein für sie ruinöses Niveau zu drücken. Mit den Aktionen gegen McDonalds üben die Bauern auch eine Art Vergeltung für die Sanktionen der USA mit Strafzöllen auf europäische Produkte wegen Importverbot der EU für Hormonfleisch aus den USA. In den vergangenen Tagen haben die Bauern tonnenweise Obst und Gemüse vor der McDonalds-Läden ausgekippt. In anderen Orten blockierten sie die Eingänge und verteilten eigenen Gratisprodukte. Zum 31. August ist unter dem Motto: „Gegen Globalisierung und Produktivismus“ in Montpellier zu einer Großdemo aufgerufen. Dort soll sich ein Anführer der „Anti McDo“ Aktion vor Gericht verantworten.

## Mexico: EZLN befürchtet Armee-Offensive

**San Cristóbal.** Die Guerillaorganisation Zapatistisches Nationales Befreiungsheer (EZLN) im süd-mexikanischen Bundesstaat Chiapas fürchtet einen möglicherweise unmittelbar bevorstehenden Angriff der mexikanischen Streitkräfte. Die Rebellenhochburg La Realidad im Dschungelgebiet Lacandona könne „jeden Augenblick angegriffen werden“, heißt es in einer am Sonntag veröffentlichten Erklärung, die von „Comandante Moises“ unterzeichnet wurde. Armee, Polizei und Paramilitärs hätten rund um La Realidad Straßensperren errichtet. Außerdem seien massive Bewegungen von Luftwaffe und Bodentruppen beob-

achtet worden. Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums war auf Anfrage zu keiner offiziellen Stellungnahme bereit. Er bestätigte jedoch die Straßensperre. Chiapas ist einer der ärmsten Bundesstaaten Mexikos. Die EZLN kämpft seit 1994 für die Rechte der verarmten Landbevölkerung. Sie macht die seit sieben Jahrzehnten in Mexiko regierende Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI) für die sozialen und politischen Mißstände verantwortlich.

## Südafrika: COSATU ruft zum Solidaritätsstreik

Harte Worte zur Regierungspolitik des ANC gab es auf dem außerordentlichen Kongreß der größten südafrikanischen Gewerkschaftsunion COSATU in Midrand bei Johannesburg, der am Freitag letzter Woche zu Ende ging. Die mehr als 2 000 Delegierten riefen für Dienstag zu einem Sympathiestreik mit den 1,1 Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst auf, denen die Regierung nur eine Lohnerhöhung von 6,3 Prozent genehmigen will. Nach einem mehrtägigen Ausstand zu Beginn des Monats, bei dem Zehntausende Arbeiter und Angestellte den öffentlichen Dienst in Johannesburg und Pretoria nahezu zum Stillstand brachten, um eine 15prozentige Lohnerhöhung durchzusetzen, waren Gewerkschaften und Regierung noch einmal an den Verhandlungstisch gegangen. Die Gewerkschaften sind dabei mit ihren Forderungen auf 7,3 Prozent knapp über der Inflationsgrenze heruntergegangen. Aber die Regierung blieb hart bei ihrem Angebot. Die Ministerin für Öffentliche Dienste und Verwaltung, Geraldine Fraser-Moleketi, behauptete, der Regierung stehe für Lohnerhöhungen nur der Posten von 3,28 Milliarden Rand zur Verfügung, was nicht mehr als 6,3 Prozent erlaube, ansonsten müßte das soziale Entwicklungsprogramm der Regierung

gekürzt werden. Die Gewerkschaften wollen schon deshalb von ihrer Forderung nach einem Lohn über der Inflationsrate von sieben Prozent nicht abrücken, weil die Lohnpolitik des Öffentlichen Dienstes für die private Wirtschaft im ganzen Land als Gradmesser betrachtet wird. Ein Verzicht würde es der Wirtschaft erlauben, ebenfalls nur geringe Lohnerhöhungen anzubieten.

## Brasilien: Streik bei VW

Die 1.500 Arbeiter der 9 verschiedenen Firmen des Konsortiums modularisierter Firmen (die „modulare Fabrik“ bedeutet die weitgehende Beschränkung des Herstellers auf die Endmontage, während alle sich Zulieferer um das Endmontagewerk gruppieren und nicht zum Hersteller gehörenden Firmen vergeben werden. Diese radikale Form der Ausgliederung bedeutet für die Beschäftigten Löhne weit unter dem Niveau des Herstellers, ohne Tarif und unter Behinderung gewerkschaftlicher Vertretung) von VW-Resende-Brasilien haben einen Streik begonnen. Aufgrund der brasilianischen Gewerkschaftsstruktur gehören alle Arbeiter einer Branche einer Gewerkschaft an, die grundsätzlich auf regionaler Basis organisiert ist. Dies ist auch der Fall bei den Metallarbeitern von Barra Mansa und umliegender Region (in der auch Resende liegt).

Trotz der zögerlichen Haltung der Gewerkschaftsführer (diese Gewerkschaft gehört nicht zum CUT) haben die Arbeiter sie gezwungen, zu dem Streik aufzurufen. Der wichtigste Punkt ist die Anhebung von Löhnen, um sie auf dasselbe Niveau der Löhne von VW-Arbeitern in anderen Niederlassungen zu bringen, die in traditionell gewerkschaftlich organisierten Gebieten liegen, wie z.B. der ABC-Regio (Industriegürtel um Sao Paulo). Die Durchschnittslöhne in der ABC-Region sind fast dreimal so hoch wie in Resende (+/- R\$ 1700/Monat in der ABC-Region und R\$ 650 in Resende - US\$ 920 x US\$ 350). Das macht aber gleichzeitig deutlich, daß Arbeiter gegen die Modularproduktion und ihre Folgen kämpfen können. Nach dem zweiwöchigen Streik bei Ford in Sao Paulo gegen die Schließungsdrohung, aufgrund des Baus einer neuen, hochsubventionierten Anlage im Staat Bahia ist dieser gegenwärtige Streik bei VW Resende eine gute Aufwärmübung für den nationalen Protest aller Metallarbeiter von Autofirmen und -zulieferern, der am 24. August, gegen den „Steuernkrieg“, der zwischen den Bundesstaaten im Kampf um Investitionen, wie z.B. bei VW Resende und Ford Bahia, geführt wird, durchgeführt wurde. Ein weiteres Ziel der Bewegung ist die Aufnahme von Verhandlungen über einen nationalen Mindestvertrag im Bereich der Autoproduktion. *Quelle: LabourNet Germany*

*Zusammenstellung: hav*

STUTTGART. Am 21. August führte die Süddeutsche Roma-Union erneut eine Kundgebung auf dem Schlossplatz durch, um gegen die Vertreibung aus dem Kosovo durch UCK-Kräfte zu protestieren und ein Bleiberecht zu fordern. Solidarität International, PDS und andere hielten Grußworte. Vor einem Monat hatte eine ähnliche Aktion stattgefunden. In dem Aufruf heißt es: „Vor den Augen der Kfor-Soldaten sind die Roma der ethnischen Verfolgung, massiven Morden, Plünderung und Zerstörung ganzer Dörfer durch verhetzte Albaner und UCK-Leute ausgesetzt. Hier in der Bundesrepublik werden die Kosovo-Flüchtlinge jetzt wieder zurückgeschickt, und dies bedeutet für viele Roma den sicheren Tod.“ Der AK Asyl ruft zu einer Briefaktion auf, um Minister und Abgeordnete mit der Forderung nach Bleiberecht für Roma zu konfrontieren. kbs



## Euromärsche Ende 1999 und 2000

KÖLN/BRÜSSEL. Die nächste europäische Koordinierung des Netzwerks Euromärsche wird am Wochenende 13./14. November 1999 in Brüssel stattfinden. Es werden sich etwa 100 VertreterInnen unterschiedlicher Vereinigungen aus Europa versammeln, die unserem Netzwerk angehören oder damit in Kontakt sind. Auf diesem Koordinierungstreffen werden wir eine Bilanz über die Aktionen „Köln 99“ ziehen und die Aktionen für Ende 1999 und das nächste Jahr vorbereiten. Wir werden auch über die Struktur des Netzwerks der Euromärsche und seine Funktionsweise auf europäischer Ebene diskutieren. Für Ende 99 werden wir, entsprechend dem Aufruf des „Parlaments der Erwerbslosen und prekär Beschäftigten“ (das im Rahmen des EU-Alternativgipfels in Köln stattfand) einen europaweiten Aktionstag gegen das „Workfare“ (Arbeitszwang) anlässlich des EU-Gipfels von Helsinki organisieren. Die Termine des EU-Gipfels wurden noch nicht offiziell bestätigt. Unser Aktionstag wird wahrscheinlich Anfang Dezember stattfinden, entweder am 6. oder am 10. zur Eröffnung des Gipfels. Wir werden Mitte September über den Termin entscheiden. Für die erste Jahreshälfte 2000 werden wir eine Europäische Konferenz gegen ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse in Brüssel vorbereiten. Für die letzten Monate 2000 planen wir große Mobilisierungen in und nach Frankreich (Erwerbslosenparlament, Demonstrationen usw.). Michel Rousseau, Übersetzung: G.G.: <http://home.link-m.de/ggoetz/eurom/>

## „... sie starben mitten in Frankfurt unter Mitverantwortung der Aktionäre und der Dresdner Bank“

FRANKFURT/MAIN. Unter diesem Titel wollen der Verein Leben und Arbeiten im Gallus und Griesheim (LAGG) und die LAGG-Initiative gegen das Vergessen den Versuch unternehmen, einen ungewöhnlichen Zugang zur Frankfurter Geschichte zu finden. Nicht Dokumentati-

on ist hier das Hauptanliegen, sondern die Befassung mit dem „Unfaßbaren“ mit den Mitteln von Textbruchstücken, Assoziationen und experimenteller Musik.

Am 22.8.1944 wurde das KZ-Außenlager Adlerwerke „Katzbach“ in Betrieb genommen, im Gallus, auf dem Gelände der Adlerwerke. 1600 Zwangsarbeiter erlitten in diesem Konzentrationslager eine unbeschreibliche Hölle. Nur wenige von ihnen überlebten. Dieser Teil deutscher Geschichte, der sich nicht im Geheimen, sondern mitten in Frankfurt, im „Traditionsbetrieb“ Adlerwerke, abspielte, wurde in der Nachkriegszeit schnell verdrängt, die Verantwortlichen nicht zur Rechenschaft gezogen, die Opfer nicht entschädigt.

Mit den Einnahmen werden die Veranstalter die Forderung nach Errichtung einer Informations- und Gedenkstätte zur Zwangsarbeit in Frankfurt auf dem ehemaligen Gelände der Adlerwerke unterstützen. 14.9., 20 Uhr, Gallustheater. FI

## Jetzt müssen sich doch noch die Gerichte mit dem § 218 befassen



REGENSBURG/KEMPTEN. Pro Familia Regensburg hat beim Verwaltungsgericht Regensburg Klage eingereicht, nachdem die Regierung der Oberpfalz die Förderung der Beratungsarbeit von Pro Familia abgelehnt hat. Die Anwälte gehen davon aus, dass die neuen Beratungsscheine der katholischen Schwangerschaftsberatung mit dem Zusatz „Diese Bescheinigung kann nicht zur Durchführung straffreier Abtreibungen verwendet werden“ nicht gesetzeskonform sind. Da Pro Familia die vom Gesetzgeber geforderte „ergebnisoffene“ Beratung sicherstelle, müsse sie vom Staat gefördert werden. Diese grundsätzliche Argumentation führt auch die Klage von Pro Familia im Allgäu. Hier will sie mindestens zwei bezuschusste Stellen einklagen. Nach dem bayerischen Schwangerschaftsberatungsgesetz muß es im Raum Kempten minde-

stens elf Beraterinnen mit Anspruch auf Landesförderung geben. Zwei werden vom Sozialdienst katholischer Frauen Augsburg, alle übrigen vom Gesundheitsamt gestellt. Pro Familia Bayern kritisiert daher, die derzeitige Aufteilung entspreche nicht der gesetzlich vorgeschriebenen pluralen Beratung von schwangeren Frauen, sondern stelle nur ein duales System dar. In Bayern haben rund 70 Prozent der Beratungsstellen katholische Träger, in vier von sieben Regierungsbezirken gibt es sogar gar keine nichtkonfessionelle Beratungsstelle. *baf*

## Aktion gegen Gen-Freilandversuche

BERNAU. Mehr als hundert GentechnikgegnerInnen fanden sich trotz kurzer Mobilisierungszeit am 22. August am Versuchsfeld der Hoechst und Schering Tochter AgrEvo bei Schönbühl ein, um die dort angepflanzten gentechnisch manipulierten Mais- und Zuckerrübenpflanzen frühzeitig abzuernten. Das Barnimer Aktionsbündnis gegen gentechnische Freilandversuche hatte öffentlich zu dieser in Deutschland bisher einmaligen Ernteaktion aufgerufen. Die etwa 50 anwesenden PolizistInnen und Wachschützer waren sichtlich überfordert und so gelang es einzelnen, die doppelte Umzäunung zu überwinden und unter großem Jubel auch einige Pflanzen zu ernten. Die Stimmung war sehr friedlich und ausgelassen. Die Polizei nahm niemanden fest, stellte aber die Personalien der ErntehelferInnen fest. Ob die AgrEvo Anzeige erstattet, ist bisher nicht bekannt. Zehn Tage lang campen 20-50 Menschen ständig in der Nähe der Versuchsfelder in Schönbühl und Tempelfelde und verhindern so während dieser Zeit die von der AgrEvo geplante Aussaat von gentechnisch manipuliertem Winterraps. In Tempelfelde setzt der US-amerikanische Gentechnikkonzern Monsanto gentechnisch veränderten Mais frei. Barnimer Aktionsbündnis gegen gentechnische Freilandversuche c/o DOSTO, Breitscheidstr. 43a, 16321 Bernau, Tel./Fax: 03338/5590.

<http://www.bernaunet/home/dosto/gengruppe.htm>

## Grenzcamp '99

ZITTAU. Das Grenzcamp '99 sollte in Lückendorf, südlich von Zittau stattfinden. Kurzfristig wurde dieser Ort verboten, angeblich aus Landschaftsschutzgründen. Da aber schon am Freitag, den 6. August, einige Teilnehmer angereist waren, wurde kurzfristig ein ehemaliges NVA-Gelände zur Verfügung gestellt.

Am Sonntag zog das Camp mit nun über 600 Personen auf eine Wiese nördlich der Stadt Zittau direkt an einer Bundesstraße und der Neiße. Dann konnte mit dem eigentlichen Anliegen des Grenzcamp begonnen werden, mit verschiedenen Aktionen gegen die rassistische Flüchtlingspolitik einzutreten.

In der Region um Zittau, wo eine Landesgrenze besteht und die Neiße nicht mehr als 40 cm tief ist, werden 70% der vom BGS aufgegriffenen Flüchtlinge mit Hilfe der Bevölkerung festgenommen. Ein „Bürgertelefon“ und Flugblätter des BGS fordern die Menschen zu Denunziation aller Verdächtigen auf. Dies bildet den Nährboden von offen neofaschistischen Strukturen. Zittau ist der stärkste NPD-Kreisverband und es kam in der letzten Zeit zu brutalen Übergriffen, welche der Bürgermeister dann als logische Konsequenz des Auftretens der Minderheiten darstellte.

Am Sonntag berichteten Flüchtlinge auf dem Zittauer Marktplatz über ihre Lage in der BRD und am Donnerstag gab es eine Demonstration zum Landratsamt. Diese Demo wurde verboten, aber eine Spontandemonstration zur selben Zeit wurde toleriert. Ansonsten wurden spontan verschiedene Aktionen durchgeführt, wie die Belagerung einer BGS-Kaserne für immerhin 2 ½ Stunden, das Floßfahren auf der Neiße, ein symbolischer Überfall auf einen Ausflugszug unter dem Motto „Zug um Zug gegen Abschiebung“, einen antifaschistischen „Stadtrundgang“ in Görlitz, das Verteilen von Flugblättern wo unter der BGS-Denunziantentelefonnummer angeblich ein Rundflug zu gewinnen sei und viele weitere lustige Aktionen *Aus mlb, R.B.*



FLensburg. Bild: Am Grenzcamp nahe der deutsch-dänischen Grenze in Flensburg nahmen vom 6.-9. August etwa 120 Leute aus verschiedenen Städten teil. Es stellte den Höhepunkt einer mehrwöchigen Veranstaltungsreihe im Raum Hamburg und Schleswig-Holstein dar. *LH*

## Dokumente und Kommentare aus den Kommunalwahlkämpfen NRW und Ba-Wü

**PDS Wahlzeitung NRW**

### „Das Wirtschaftsverbot für die Kommunen muß fallen“

Protest von ganz verschiedenen Seiten hat eine Gesetzesänderung hervorgerufen, die von der rot-grünen Mehrheit im Landtag kurz vor der Sommerpause beschlossen wurde. Mehrere hundert Handwerksmeister demonstrierten im Mai in Düsseldorf gegen die Absicht der Landesregierung, das weitgehende Verbot wirtschaftlicher Tätigkeit für die Kommunen in NRW zu lockern. Die Handwerksverbände drohten mit dem Ausstieg aus dem „Bündnis für Arbeit“. Gegen den daraufhin von der Landesregierung geänderten Gesetzentwurf mobilisierte die Gewerkschaft ÖTV. 3.000 Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes protestierten Anfang Juni vor dem Landtag. Es nützte nichts mehr: Obwohl auch der Städtetag gegen den mit dem Handwerk vereinbarten Kompromiß war, zogen ihn SPD und B. 90/Grüne durch.

Worum geht es? Viele Kommunen wollen seit Jahren wirtschaftliche Tätigkeit ausweiten. Bisher durften Städte und Gemeinden und ihre Tochterbetriebe sich nur dann wirtschaftlich betätigen, wenn ein „dringender öffentlicher Zweck“ erfüllt wurde. Die Landesregierung wollte diese Forderung abschwächen und das Wort „dringend“ streichen. Auf den Feldern Energie- und Wasserversorgung, öffentlicher Personennahverkehr und Telekommunikationszentren sollten sie sich

**Linke Liste Freiburg zum Städtischen Haushalt**

### „Die Lasten tragen immer die gleichen“

(...) Steigende Sozialhilfekosten in einer Gesellschaft, deren Reichtum in den letzten Jahren gewaltig wuchs, sind nicht zuletzt Ergebnis einer Politik der gesellschaftlichen Ausgrenzung und des Abdrängens einer großen Zahl von Menschen in Billigjobs oder Arbeitslosigkeit. Andererseits reißen Großprojekte wie das „Konzerthaus“ und fragwürdige Verkehrsprojekte ... riesige Löcher in den städtischen Haushalt.

Wer nun meint, die Belastungen aufgrund dieser Situation seien der boomenden Wirtschaft und einkommensstarken MitbürgerInnen aufgebürdet oder wenigstens auf alle einigermaßen gleichmäßig verteilt worden, sieht sich enttäuscht. Sozialer Ausgleich ist „nicht mehr modern“; für CDU und FDP genau

in Zukunft gleichberechtigt mit der privaten Wirtschaft betätigen dürfen, in Abstimmung mit anderen Kommunen auch über ihre Gebietsgrenzen hinaus. Außerhalb dieser Bereiche sollten sie sich nur betätigen dürfen, wenn der öffentliche Zweck durch Private nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann.

Diese Regelungen wären ein Fortschritt gewesen, auch wenn sie die Kommunen weiterhin eingeschränkt hätten. Der Druck der Handwerksverbände führte dazu, daß die Hürden für die Kommunen höher bleiben, als ursprünglich geplant: Vor der Aufnahme einer neuen wirtschaftlichen Betätigung müssen nämlich die kommunalen Betriebe selbst den Nachweis erbringen, daß sie besser und wirtschaftlicher sind, als Private. Dazu müssen sie womöglich ihre Kalkulationen offenlegen, was ihnen Konkurrenz Nachteile verschafft.

Geschwächt werden die Stadtwerke und andere kommunale Wirtschaftsbetriebe dadurch nicht nur in der Konkurrenz gegenüber dem Handwerk, sondern vor allem in der Konkurrenz mit großen Konzernen. Die haben von der EU z.B. durch die Pflicht zur europaweiten Ausschreibung ohnehin erhebliche Erweiterungen ihrer Spielräume erhalten. Aus diesem Grund befürchten ÖTV und Städtetag Arbeitsplatzverluste. Vertan ist in jedem Fall die Chance, durch eine deutliche Ausweitung der wirtschaftlichen Tätigkeit bis hin zur Herausbildung eines öffentlichen Beschäftigungssektors Arbeitsplätze zu schaffen. Dazu muß das Wirtschaftsverbot für die Kommunen ganz fallen.

*Wolfgang Freye*

so wenig wie für SPD und Grüne; das „passt nicht mehr in die neue globalisierende Welt.“ Ihre Rezepte für die vergangenen Jahre wie für die Zukunft sind aber nichts anderes als die althergebrachten, ewig gestrigen, längst durch totales Versagen entlarvten Maßnahmen. Nach dem alten, unsere Wirtschaftsform bestimmenden Grundsatz, dass „Wirtschaft und Staat nicht für die Menschen, sondern diese (sofern sie gerade gebraucht werden) für Staat und Wirtschaft da zu sein haben“, fällt den PolitikerInnen wie den Wirtschaftsbossen beim Thema „Knappe Kassen“ immer zuerst das gleiche ein: Wie viele Leute können wir entbehren?

**Allheilmittel Stellenabbau  
Schub für die Arbeitslosigkeit**

Nur noch in Sonntagsreden ist vom vorrangigen Ziel „Abbau der Arbeitslosigkeit“ die Rede; die politische Praxis sieht anders aus: In seinem Schreiben vom 19.7.95 an alle Ämter betont OB Böhme „die Notwendigkeit weiterer Personaleinsparungen und weist auf die Weiter-

geltung des Einstellungsstopps und der dreimonatigen Wiederbesetzungssperre nachdrücklich hin“. Das Ergebnis: die Arbeitslosenzahl wird in die Höhe getrieben. Hunderte von städtischen Stellen werden gestrichen. „1999 liegen die Personalausgaben der Stadt Freiburg mit 250 Mio. DM unter dem Stand von 1992.“ (...)

Auch an der Lehrlingsausbildung wird „gespart“: Mit 74 Auszubildenden gibt es bei der Stadt Freiburg nicht einmal halb so viele wie 10 Jahre zuvor (155); eine nicht gerade vorbildliche „Anstrengung gegen Jugendarbeitslosigkeit“! Und auch mit der gesetzlich festgelegten Beschäftigung von Behinderten nimmt es die Stadt nicht so genau: seit 1992 sinkt der Anteil schwerbehinderter ArbeitnehmerInnen bei der Stadt; mit 4,9% (anstatt der geforderten 6%) bleibt sie deutlich unter dem Soll. Kosten für die Stadtkasse (laut Haushaltsplan) im Jahr 2000: DM 130.000 als Ausgleichsabgabe.

### „Sparen“ bei den freien Trägern

Neben dem allgemein verordneten „Sparen“ bei den städtischen Einrichtungen traf die „Sparwut“ in ähnlichem Umfang die sog. „Freien Träger“. Darunter zu verstehen sind die vielfältigsten Vereine, Gruppierungen und Einrichtungen, deren Arbeit aus städtischen Mitteln bezuschusst wird. Von der Bahnhofsmision über FRIGA, Nichtsesshaftenhilfe, Rosa Hilfe, Müttertreffs und Frauenhorizonte bis zur Telefonseelsorge leisten ungefähr einhundert Gruppierungen ihre Arbeit, die zum großen Teil eigentlich eine städtische Aufgabe genannt werden müsste. (...) Die meisten der vom „Einfrieren der Mittel“ betroffenen Gruppierungen sind mittlerweile froh, wenn sie von Haushalt zu Haushalt wenigstens nicht weniger zugeteilt bekommen als zuvor; öffentlich zu Wort melden sie sich meist erst dann, wenn darüber hinaus auch noch zahlenmäßig gekürzt wird. So sprechen die MitarbeiterInnen der Volkshochschule von einer „sehr schwierigen Situation“, in der „geringere öffentliche Zuschüsse Gebührenerhöhungen notwendig gemacht haben.“ Angesichts steigender Kursgebühren seien „viele Menschen nicht mehr bereit oder in der Lage, die Angebote der Erwachsenenbildung wahrzunehmen, mit dem Ergebnis“ stagnierender und zurückgehender Teilnehmerzahlen. Und die Frauenberatungsstelle „Frauenhorizonte“ schließt einen halben Tag pro Woche. Damit reagieren die Beraterinnen darauf, dass die Stadt die Zuschüsse für die Anlaufstelle weiter gekürzt hat. Nicht gerade überraschen kann es daher, dass – wie in früheren Jahren – die GemeinderätInnen der LINKEN LISTE / UNABHÄNGIGE FRAUEN als einzige den vorgelegten Haushalt für 1999 und 2000 ablehnten. Bei dieser Politik ist gegenüber den BürgerInnen dieser Stadt nicht anderes zu verantworten.

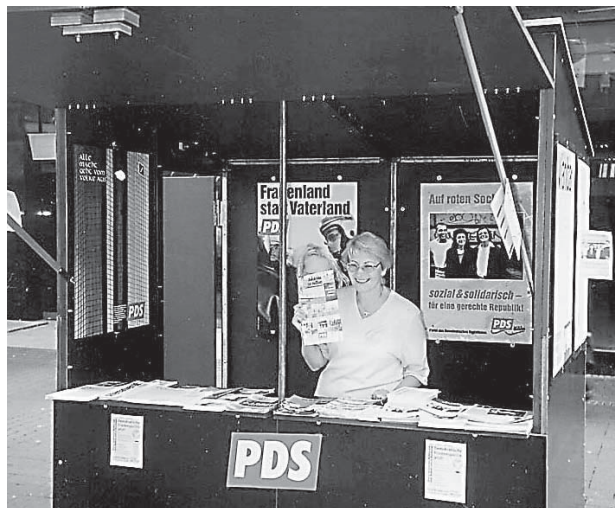
Martin Klauss, in „Allerdings“, Nr. 14, Sept. 1999

**Ba-Wü** In Stuttgart kandidiert die PDS. Auf der offenen Liste der PDS kandidieren Mitglieder der PDS und der DKP, mehr als die Hälfte aller 60 Kandidatinnen und Kandidaten sind nicht Mitglied in einer Partei. Das Wahlprogramm ist jetzt fertiggestellt und als 24seitige Broschüre erhältlich. Die ersten Infostände haben stattgefunden, die nötigen mindestens 250 Unterstützungsunterschriften sind amtlich bestätigt. Neben der PDS offene Liste streben in Stuttgart noch weitere Listen im linken Spektrum eine Kandidatur an: Die Internationale Demokratische Liste (60 Kandid.), auf der ebenfalls DKP-Mitglieder kandidieren neben SAV, griechischen Kommunisten und Leuten aus der DIDF. Ein griechisches Mitglied des Ausländerbeirats plant ebenfalls eine Liste (15 Kand.). Dann hat eine Liste aus Mietern der städtischen Wohnungsgesellschaft (SSWG) sich gemeldet, die sich als „parteiunabhängig“ bezeichnet. Schließlich gibt es dann noch die Liste „Parteilos glücklich“, die sich vor allem gegen das Bahnprojekt Stuttgart 21 richtet, und deren Spitzenkandidat PDS-Mitglied ist. In Tübingen kandidiert die PDS, wie bereits berichtet, gemeinsam mit der Tübinger Linken (TÜL), die bereits mit ei-

nem Mandat im Gemeinderat vertreten ist. In Heidelberg kandidiert eine PDS Linke Liste (volle Liste, 48 Kand.). In beiden Städten sind die nötigen Formalitäten abgeschlossen und hat der Wahlkampf begonnen. In Konstanz sind auf einer PDS Linken Liste 22 Kandidaten und Kandidaten gewählt (von 40 möglichen); derzeit werden die 100 Unterstützungsunterschriften gesammelt und Mitte September soll das Wahlprogramm fertig sein. Soweit bekannt kandidiert die DKP nur in Mannheim und Heidenheim. In Freiburg tritt die bereits seit mehreren Wahlperioden im Gemeinderat vertretene Linke Liste / Friedensliste wieder an (mit Beteiligung von PDS-Mitgliedern). Nicht so erfreulich ist die Situation in Karlsruhe. Die PDS Karlsruhe hat am 9. August eine Liste mit 28 Kandidatinnen und Kandidaten zur Kommunalwahl aufgestellt. Dabei machte allerdings nur ein Teil der Karlsruher Mitglieder mit: Die Abstimmung, ob der bei den Mitgliedern umstrittene Niko Fostiropoulos auf Platz 1 der Liste kandidiert, endete mit 14 zu 7 für ihn (stimmberechtigt waren die Karlsruher PDS-Mitglieder). Darauf verließ knapp die Hälfte der anwesenden 40 Leute die Versammlung, weil sie eine pluralistische Zusammensetzung der Li-

**NRW** PDS Offene Listen treten zu 26 Stadt- und Kreisparlamenten an. Am 12. September werden in Nordrhein-Westfalen die kommunalen Parlamente neu gewählt. Neu ist, daß der Oberbürgermeister direkt gewählt wird, Wahlrecht ab 16 Jahren und der Wegfall der 5%-Klausel. Die Stimmung ist angespannt, weil die Hochrechnungen hohe Stimmenverluste der SPD und hohe Gewinne der CDU voraussagen. Der Ärger über die Sparpolitik der Schröder/Fischer-Regierung ist groß. Aber auch die Politik der SPD vor Ort ist in einer großen Krise. Reformvorstellungen werden nicht mehr entwickelt, sondern eine reine Standortpolitik betrieben. Und dabei bereichern sich SPD-Funktionäre und deren Freundesfreunde und Insiderwissen wird zur Aktienspekulation genutzt wie beim zurückgetretenen SPD-Oberbürgermeister Heugel in Köln. Die SPD kann ihre Mitglieder und Wähler nicht mehr mobilisieren. Ein wenig erinnert diese Situation an Frankfurt, wo die CDU die SPD ablöste und es der SPD dann nie wieder gelang, Tritt zu fassen. Im Ruhrgebiet kehren viele Menschen der SPD den Rücken. Ein großer Teil dieser Menschen wird vermutlich nicht zur Wahl gehen. Ob und in wie weit die Kandidatur der PDS da-

von profitiert oder gar Schaden nimmt, kann man erst nach den Wahlen genau sagen. An den Info-Ständen sagen etliche, sie haben SPD gewählt und werden diesmal PDS wählen. Von der Altersgruppe eher ältere Menschen mit normalen Einkommen, für die die Grünen viel weiter entlegen sind als die PDS. Das sind persönliche Eindrücke aus dem Wahlkampf. Vermutlich wird die PDS dort, wo sie kandidiert, an ihre Wählerschaft von den Bundes- und Europawahlen anknüpfen können. Durch den Wegfall der 5%-Klausel zählt jede Stimme, und bei „normalen“ Wahlergebnissen hätte die PDS zumindest in den großen Städten mit 70 bis 90 Ratsmitgliedern einen oder mehrere Sitze. Dies wäre eine neue politische Situation



Wahlkampfbude der PDS in der Kölner Fussgängerzone

ste und eine entsprechende Wahlkampf-führung nicht gewährleistet sahen. Eine Wahlplattform oder ähnliches als inhaltliche Grundlage lag zur Versammlung nicht vor. Der Kreis um Niko Fostiropoulos setzt darauf, daß die politische bundesweite Stimmung für die PDS ausreicht; ein Versuch, den Kreis der aktiven Unterstützer am Ort möglichst groß zu machen, wurde nicht unternommen. Im Gegenteil: ein Streit mit der Karlsruher DGB-Vorsitzenden ist nicht beigelegt; die Unterstützung durch die DKP wird von Niko Fostiropoulos ausdrücklich abgelehnt, und - wie schon gesagt - auch größere Teile der Mitgliedschaft ausgegrenzt. Daß sowas keine guten Folgen hat, sieht man daran, daß nicht die volle mögliche Listengröße erreicht wurde (statt 40 nur 28 Kandidaten). Die PDS mußte auch in Karlsruhe kräftig mobilisieren: 2,1 Prozent wie bei den Europawahlen ergäben selbst bei gleich niedriger Wahlbeteiligung noch kein Mandat (mindestens 2,5% sind nötig). Ob Gregor Gysi, der als Zugpferd für eine Veranstaltung in Karlsruhe geheuert wird, und die allgemeine Stimmung für die PDS unter diesen Umständen ausreichen? alk

in NRW. Dies hat etliche PDS Kreisverbände dazu bewogen zu 26 Kommunalparlamenten mit Offenen PDS-Listen zu kandidieren. So in: Aachen (Stadt und Kreis), Bonn, Bielefeld, Düren (Stadt und Kreis), Düsseldorf, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Heimbach, Herne, Köln, Leverkusen, Moers, Münster, Neuss (Stadt und Kreis), Oberhausen, Kreis Recklinghausen, Stollberg, Unna, Velbert, Warendorf, Wuppertal und Witten. In 11 Orten wurde ein Oberbürgermeisterkandidat(in) bzw. Landrat aufgestellt und Kandidaten zu den Bezirksvertretungen aufgestellt. Mag sein, daß dies bezogen auf das große Bundesland mit 17 Mio. Einwohner nicht viel ist. Bezogen auf die reale Mitgliedschaft ist das trotzdem ein sehr großes Engagement. Über 400 Leute kandidieren für die PDS. Grob überschlagen sind davon die Hälfte PDS-Mitglieder. Viele unabhängige Personen kandidieren auf den Offenen Listen, fast überall kandidieren Mitglieder der DKP. In Dortmund kandidiert keine Offene PDS Liste, sondern ein linkes Bündnis von DKP/PDS. In Wülfrath tritt wieder die Demokratische Linke Wülfrath an, die seit vielen Jahren im Stadtparlament vertreten ist. Klaus Jan tritt als Oberbürgermeisterkandidat an und hofft die Stichwahl zu erreichen, da die SPD keinen eigenen Kandidaten aufgestellt hat. Man darf gespannt sein, wie die Wahlen ausgehen. Eines scheint aber sicher, die PDS Offenen Listen werden in Stadtparlamente einziehen. Die Frage ist nur wo und mit wievielen Abgeordneten?

jöd

## BERLIN Der Flughafen Schönefeld und die Politik

Nun ist es heraus. Selbst Berlins Regierender Bürgermeister, Eberhard Diepgen, erklärt jetzt, daß, sollte sich der Verdacht auf Verquickungen zwischen Planern und Bietern bei der Vergabe des Großauftrages Luftdrehkreuz, sprich Flughafen Schönefeld, bestätigen, er für eine Neuausschreibung des Projektes wäre. Diepgen als Vorsitzender des Aufsichtsrates der „Berlin-Brandenburg-Flughafen-Holding GmbH (BBF)“, der bisher maßgeblich mit am Zustandekommen des Projektes beteiligt war, vollzieht offensichtlich aus vielen Gründen eine taktische Kehrtwendung: In Brandenburg und Berlin stehen Wahlen an und die fortwährenden Auseinandersetzungen um das Projekt, die auch nach dem Urteil des Oberlandesgerichtes Brandenburg vom 3. August 1999 nicht abflauten, machen es erforderlich, daß man in der Öffentlichkeit von vorherigen Plänen vorbehaltlich etwas abrückt.

Seit das Projekt mit der Gründung der BBF Ende 1991 läuft, entwickelte sich darum ein harter Kampf unterschiedlicher Interessengruppen. Gleichzeitig gab es immer wieder Anlaß für Skandale und Affären. Schon kurz nach Gründung der BBF geriet sie auf Grund verfehlter Grundstücksspekulationsgeschäfte in Not: Der Schuldenberg türmt sich bis zu einer halben Million Mark auf. Nach weiteren Verlusten stand fest, daß das Eigenkapital bis zur Hälfte verbraucht war.

Das Projekt sieht vor, einen Großflughafen zu bauen, der die Hauptstadt Berlin zu einem bedeutenden Knotenpunkt des Luftverkehrs machen soll. Die Baukosten betragen insgesamt etwa sechs bis acht Milliarden Mark. Nach Berechnungen sollen pro Jahr rund 20 Millionen Fluggäste den Airport passieren. Prognostiziert wurden 96.000 neue Arbeitsplätze. Also ein Flughafenprojekt, was sich von seinem Ausmaß, Aufwand und Glanz in keiner Weise von den Flughäfen in München oder Frankfurt/Main unterscheiden soll. Die Größe des Projektes brachte es mit sich, daß sich die einschlägigen Bewerber natürlich die Finger leckten, um das Projekt zu bekommen. Der Kampf, der zwischen den Konsortien Hochtief Essen und IVG Holding AG entbrannte, ließ alsbald kein Schlammlloch aus. Beide Konsortien

bewarben sich um die Privatisierung der BBF und ihrer privaten Finanzierung. Schließlich aber erwarb die Hochtief im März 1999 für 650 Millionen Mark alle Gesellschafteranteile.

Der bevorzugte Bieter, das Hochtief-Konsortium, konnte sich aber nicht sehr lange seines Sieges erfreuen, denn die IVG zog in Brandenburg vor den Vergabeüberwachungsausschuß und schließlich vor das Brandenburger Oberlandesgericht. Das fällte im August 1999 ein wichtiges Urteil: Das Vergabeverfahren war rechtswidrig. Die Richter nahmen Anstoß an einigen unklaren Vorgängen und fanden

einige Verstöße gegen geltendes Recht. Insbesondere hatte die Richter veranlaßt, der Beschwerde seitens der IVG stattzugeben, weil es unrechtmäßige Verquickungen zwischen Planern und dem Bieter Hochtief gegeben hat, in denen selbst einige wichtige Leute der Berliner Senatsverwaltung, einschließlich der Finanzsenatorin Fugmann-Heesing (SPD), und der Landesregierung Brandenburg, darunter der Finanzministerin Wilma Simon (SPD) und der Staatsminister Jürgen Linde (SPD) als Aufsichtsratschef der Planungsgesellschaft, beteiligt waren. Hochtief befand sich im Besitz der Konkurrenzunterlagen der IVG.

Das Hauen und Stechen um das Projekt geht nun von vorn los.

Allerdings sind da eben noch die Wahlen. Das gescheiterte Privatisierungsverfahren wird ein parlamentarisches Nachspiel haben. Die CDU befindet sich

in Brandenburg, aber auch in Berlin, in einer mißlichen Lage. Ihr Spitzenkandidat in Brandenburg, General a. D. Jörg Schönbohm, war in Berlin Innensenator, als dort Entscheidungen zu Schönefeld getroffen wurden. Selbst, wenn er gern die Versäumnisse der Landesregierung Brandenburg, die offensichtlich sind, nutzen möchte, sind ihm die Hände gebunden, da er seine CDU-Kollegen und die CDU-SPD-Regierung in Berlin nicht all zu sehr in Schwierigkeiten bringen kann. So wird verbal verurteilt, aber darauf verzichtet, härtere Konsequenzen zu fordern. Das Feuer gegen die SPD ist klein, dafür aber seine Rauchentwicklung um so stärker, um seinen eigenen Anteil am Gesamtprojekt zu verschleiern. Schließlich einigte sich die Flughafenge-

### ADN vom 19.8.99: Im Osten mehr Jobabbau

Wiesbaden. Das Bauhauptgewerbe hat im Juni 1999 preisbereinigt 2,1% höhere Auftragseingänge als im Vorjahresmonat heringenommen, der Beschäftigtenabbau hielt dennoch weiter an. 76.000 Bauleute verloren ihren Job. Bundesweit waren Ende Juni rund 1,101 Millionen Beschäftigte tätig. 6,5% weniger als im Vorjahr. In den neuen Ländern und Berlin-Ost sank die Mitarbeiterzahl um 9,1% von 360.000 auf 327.000 Beschäftigte.

**KLAGE GEGEN SPARKASSEN-GESETZ** *Dresden.* 35 Landtagsabgeordnete von SPD und PDS wollen vor dem sächsischen Verfassungsgerichtshof gegen das neue Sparkassengesetz des Landes vorgehen. Der geplante Zusammenschluss von 23 Sparkassen zu einer neuen Holding bedeute eine grundsätzliche Änderung des öffentlich-rechtlichen Kreditwesens; damit sei die verfassungsmäßig garantierte Selbstverwaltung der Kommunen nicht mehr möglich. Die CDU hatte das Gesetz im März im Landtag durchgesetzt.

**KOMMUNALER AUSGLEICH FÜR DAS SPARPAKET** *Memmingen.* Oberbürgermeister Ivo Holzinger (SPD) fordert vom Freistaat Bayern einen Ausgleich für mögliche finanzielle Einbußen durch das Sparpaket der Bundesregierung. „Wir fordern den Bayerischen Landtag auf, hierzu schnell die nötigen Entscheidungen zu treffen“, so Holzinger. Der Vorsitzende der CSU-Landtagsfraktion, Alois Glück, bezeichnete diese Forderung als „bodenlos und geradezu unverschämte“. Auf der einen Seite bete der OB das „Eichelsche Finanzchaos“ gesund. Auf der anderen Seite fordere er „allen Ernstes den Landtag dazu auf, die Grausamkeiten, die die Schröder-Regierung den Kommunen in Bayern zufügt, durch den Landeshaushalt wieder auszugleichen.“ Auch wenn Glück sich noch so aufbläht: Die Forderung von Holzinger ist durchaus reell, denn die Sicherung der kommunalen Handlungsmöglichkeiten ist eine grundlegende Aufgabe in der Landespolitik. Die Kommunen haben keine Möglichkeiten, auf die Bundesregierung einzuwirken, sie sitzen nicht im Bundesrat und haben keine Mitwirkungsrechte in Bundesgremien.

**NEUE WEGE IN DER DROGENPOLITIK** *München.* Nach Hamburg, Hannover, Frankfurt und vier Städten in Nordrhein-Westfalen will sich nun auch die Stadt München an dem bundesweiten „Forschungsprogramm zur heroingestützten Behandlung Drogenabhängiger“ beteiligen. Die SPD begründete dies so: „Wir sind zuversichtlich, daß es mit diesem Versuch gelingen wird, mehr Drogensüchtige als bisher an die Institutionen der Drogenhilfe heranzuführen, sie sozial und gesundheitlich zu stabilisieren und ihnen letztlich eine Perspektive zum Ausstieg aus der Drogensucht zu eröffnen.“ Und die Grünen ergänzen: „Damit wird der erste Stein zur Errichtung einer vierten Säule – der Überlebenshilfe – in der bisherigen dreisäuligen (Repression, Prävention und Therapie) staatlichen Drogenpolitik gelegt. Der finanzielle Aufwand ist durchaus vertretbar, wenn man bedenkt, daß in vielen Fällen eine deutliche Verbesserung des Zustands der Drogensüchtigen zu erwarten ist, es in eini-

gen Fällen sogar Leben retten kann und außerdem die typische Drogenkriminalität zurückgehen sollte.“

**STAATLICH SUBVENTIONIERTES TARIFDUMPING** *Frankfurt/Main.* Die Landesregierung will in fünf hessischen Kommunen den sog. Kombilohn für Sozialhilfeempfänger als Modellprojekt einführen. Die Fraktionen von CDU und Grünen im Römer haben sofort gefordert, Frankfurt solle sich an dem Vorhaben beteiligen. Das Projekt läuft auf staatlich subventionierte Niedriglohnpolitik hinaus: Arbeitslose SozialhilfeempfängerInnen erhalten danach neben dem Niedriglohn des Arbeitgebers ein „Einstiegsgeld“ vom Sozialamt. Zusammen sollen die Zahlungen den Sozialhilfefeszatz geringfügig überschreiten. DGB und HBV befürchten, daß mit dem Projekt die Tarife der jeweiligen Branche unterlaufen werden.

**PFARRER DARF NICHT FÜR GEMEINDERAT KANDIDIEREN** *Hinterzarten.* Der für die Schwarzwaldgemeinden Hinterzarten und Breitenau zuständige katholische Geistliche Hans Thomas Pospischil wollte am 24. Oktober für die Freien Wähler bei den Kommunalwahlen antreten. Das Erzbischöfliche Ordinariat in Freiburg hat ihm dies untersagt. Ein Priester habe sich vor allem und über alle Parteigrenzen hinweg mit der Seelsorge zu befassen, hieß es.

**PROTEST GEGEN DISKRIMINIERUNG** *Stuttgart.* In einem Brief an Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schuster hat sich der AK Asyl über die Umfrage „Was sind die größten Probleme in Stuttgart“ des Statistischen Amtes der Stadt Stuttgart beschwert. In dem Schreiben verwahrt sich der AK Asyl gegen die Vermischung von sachlichen Problemen – wie zu viel Verkehr – mit dem Schicksal aus ihrer Heimat vertriebenen Flüchtlingen. Bei der suggestiven Frage nach „zu vielen Asylanten“ in der Stadt (45 Prozent gegenüber 54 Prozent 1997) stehe das Ergebnis genauso fest wie bei der populistischen Frage nach zu vielen Politikern, zu vielen Angestellten im Rathaus oder zu vielen Stadträten.

**„DIE SOZIALE STADT“** *Berlin.* Zum Auftakt des neuen Bund-/Länderprogramms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ organisierte das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) am 5. Juli 1999 eine Tagung. Die Vorbereitungspapiere zum neuen Programm, die den Teilnehmern an der Veranstaltung vom Difu zur Verfügung gestellt wurden, können angefordert werden, ebenso ein Informationsband mit den Beiträgen der Referenten zur Tagung. Bestellung: Renate Schulz, Difu, Tel. 030/39001-218.

*Zusammenstellung: baf*

sellschafter Berlin, Brandenburg und der Bund auf Gespräche mit beiden Bewerbergruppen, was eine Neuausschreibung des Projektes zunächst ausschließt.

Dafür aber steigen die PDS und nun auch die Bündnisgrünen auf die Barrikaden. Die PDS fordert seit geraumer Zeit – schon vor der Verkündung des Urteils des OLG Brandenburg – ein Überdenken des Projektes, nicht nur seine Neuausschreibung. Die Grünen forderten im Berliner Abgeordnetenhaus den Bund und die Länder Berlin und Brandenburg auf, das Projekt gänzlich neu auszuschreiben. Daraus scheint Herr Diepgen gelernt zu haben, denn wie sonst kann er seinen Sinneswandel begründen.

Die PDS-Position wird aber noch von anderen Erwägungen bestimmt. Die verkehrspolitische Sprecherin der PDS im Landtag Brandenburg, Anita Tack, fordert ein Überdenken des Verkehrskonzeptes überhaupt.

Es sei nicht einzusehen, daß mit der ICE-Anbindung Berlins an Hamburg oder der Verbesserung der Strecke Berlin-Leipzig ein aufgeblasenes teures Projekt in Berlin realisiert werden solle, wenn sich in der Nähe – selbst noch durch die Anbindung eines City-Airports Berlin an Frankfurt/Main – große Flughäfen befinden, die einen wesentlichen Teil des Passagieraufkommens verkraften würden. In ähnlicher Weise argumentiert der PDS-Vertreter, Harald Wolf, im Berliner Abgeordnetenhaus.

Die PDS fordert eine echte Kooperation zwischen den Flughäfen und eine Beendigung des Konkurrenzdenkens. Mit dem Argument, Berlin müsse sich beeilen, wenn es nicht später mit dem Flughafen werden wolle als Leipzig, wollte man die Diskussion über die weitere Gestaltung des Projektes überhaupt vom Tisch bekommen.

PDS Berlin und Brandenburg forderten im Abgeordnetenhaus eine Anhörung und in Brandenburg eine Sondersitzung des Landtages. Die Sondersitzung erbrachte in der letzten Woche ein erstaunliches Resultat: Mit den Stimmen von SPD und CDU wurde der Antrag der PDS, Landesmittel (das sind 250 Millionen Mark pro Jahr) zu sperren und das Projekt neu auszuschreiben, abgelehnt. Landesvater Stolpe und auch Linde, seines Zeichens Aufsichtsratschef, vermieden es vor der Wahl am kommenden Sonntag, Stellung zu beziehen. Sicher auch eine Antwort! Lothar Bisky bezeichnete deshalb auch mit Recht diese Situation als Versuch, die eigene Verantwortung zu vertuschen. Anita Tack forderte die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses.

Nun scheint alles wieder offen zu sein. Aber die herrschenden Parteien werden nun erst die Wahlen in Brandenburg und Berlin vorbei lassen, ehe es zu neuen Ansätzen kommt. Mal sehen, Herr Diepgen, was aus Ihrer neuesten Aussage nach Wochen noch übrig bleiben wird!

*abe*

Unter dem nachfolgend dokumentierten Aufruf sammelt ein breites Bündnis aus den Gewerkschaften ÖTV, GEW und dem DGB, Pädagogen, (linken) Parteipolitikern aus Bündnis 90/Die Grünen und SPD, DRK, AWO, DPW, dem Landeselternausschuß, Bezirksbürgermeistern von PDS und SPD Unterschriften. Nach verlorenem 11-wöchigem Kita-Streik 1989/90 gegen einen SPD/GRÜNE-Senat und jahrelangen systematischen Verschlechterungen ist dies eine unterstützenswerte Kampagne. har

## Dokumentiert: Kita 2000: Bildung für alle Kinder

Berlin hat kein Geld. Berlin muß sparen. Das wissen wir. Dennoch braucht die Stadt eine neue Kitapolitik, denn: an der Bildung sparen heißt an der Zukunft sparen. Und Kinder sind die Zukunft unserer Stadt. Investitionen in die pädagogische Qualität der Kindertagesstätten öffentlicher und freier Träger sind Investitionen in die Zukunft. Wer das nicht erkennt, ignoriert sowohl Kindes- als auch Landeswohl.

Die Kürzungspolitik hat nicht nur Schulen und Universitäten, sondern auch die Kindertagesstätten der Stadt zum Notopfer gemacht - Elternbeiträge wurden erhöht, Platzgelder gekürzt, Personal eingespart. In Zeiten von hoher Arbeitslosigkeit und zunehmender Armut haben Verteuerung und Reduzierung des Leistungsangebotes fatale Folgen: Zum einen können sich viele Eltern, gerade auch Immigrantenfamilien, keinen Kitaplatz leisten. Zum anderen wird die pädagogische Qualität der Kindertagesstätten verschlechtert: Doch: Berlin braucht eine zukunftsorientierte Bildung für alle Kinder.

Um die pädagogische Qualität der Kindertagesstätten zu sichern und Chancengleichheit für alle Kinder zu schaffen, hat das Berliner Bündnis für Kinder Forderungen für ein Sofortprogramm „Kita 2000“ aufgelegt:

### Kitaplätze für alle Kinder

- Deutliche Senkung der Elternbeiträge
- Realisierung des Wunsch- und Wahlrechts der Eltern bei der Suche nach einem Kitaplatz
- Mehrsprachige Elternbriefe zwecks Information über Angebot und Qualität der Berliner Kindertagesstätten
- Bedarfs- und altersgerechte Angebote für Schulkinder

### Chancengleichheit für alle Kinder

- Förderung von Kindern aus Immigrantenfamilien. Ausbau zweisprachiger und interkultureller Erziehung
- Personenzuschläge für Kitas in sozialen Brennpunkten
- Finanzielle Absicherung der Integration behinderter Kinder

### Verlässliche Betreuung

- Bereitstellen von Vertretungsmitteln

### Pädagogische Qualität

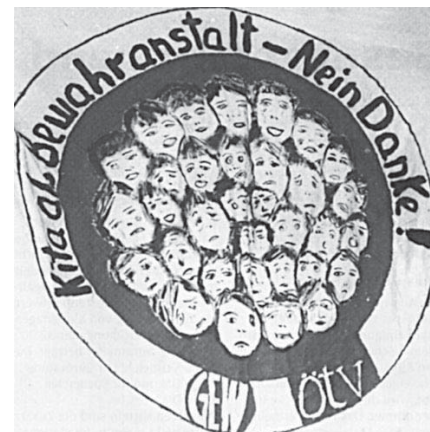
- Mindestens drei Stunden wöchentlich Vor- und Nachbereitungszeit für das pädagogische Personal bei öffentlichen und freien Trägern. Kontinuierliche Fortbildung und Beratung
- Freistellung von Führungskräften für das Qualitätsmanagement der Einrichtung

### Realisierung der Intentionen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG)

- Erarbeitung eines neuen Kindertagesstättenentwicklungsplans (KEP)
- Übertragung der Kitaufsicht an die oberste Landesjugendbehörde

### Demokratie in Aktion:

- Gründung eines Landeskitabeirates mit VertreterInnen von öffentlichen und freien Trägern, der Ausbildung und Praxis, der Gewerkschaften und des LEAK. Aufgabe: Beratung in allen Fragen und Problemen Berliner Kindertageseinrichtungen.



## „Gewerkschaft“ GöD vereinbart Dumpinglöhne für das Berliner Bewachungsgewerbe

Ähnlich wie in der Metallbranche bilden sich jetzt auch im Dienstleistungsbereich Organisationen heraus, die sich Gewerkschaften nennen, die jedoch keine Arbeitskampffähigkeit besitzen und deshalb gemäß Tarifvertragsgesetz keine Tarifpartner sein können. Einzige Daseinsberechtigung dieser Organisationen ist der Abschluß von Dumpingverträgen (Haustarifen) mit Geschäftsleitungen. Hier eine Erklärung der betroffenen Gewerkschaft ÖTV:

„Armut trotz Arbeit, so lautet die bittere Wahrheit für die Beschäftigten im Berliner Wach- und Sicherheitsgewerbe, geht es nach dem Willen des Bundesverbandes Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen (BDWS) und der sogenannten Gewerkschaft öffentlicher Dienst und Dienstleistungen (GöD).

Nachdem die Berliner Landesgruppe des BDWS die Tarifverträge mit der Gewerkschaft ÖTV Berlin gekündigt hatte, fand sie nun in der GöD den bequemen Tarifpartner, der bereit war, Dumpinglöhne per Tarifvertrag festzuschreiben. So soll sich der einfache Wachmann künftig mit einem Stundenlohn von DM 10,20 brutto statt bisher DM 13,26 brutto begnügen. Damit jedoch nicht genug. Das Weihnachtsgeld und der 25%ige Mehrarbeitszuschlag sollen u.a. komplett wegfallen. Unterm Strich sollen die Beschäftigten Lohnverlusten von durchschnittlich 20 % hinnehmen...

Die Arbeits- und Einkommensbedingungen im Bewachungsgewerbe befinden sich bereits heute im unteren Bereich der Tarifska. Erhebliche Verschlechterungen werden in der Konsequenz dazu führen, dass nicht wenige Beschäftigte des Bewachungsgewerbes ergänzende Sozialhilfe in Anspruch nehmen müssen.

Noch im vergangenen Monat hatte der Landesgruppenvorsitzende des BDWS, Hartmut Noll, Dumpinglöhne als Hauptgrund für schlechtes Personal, mangelnde Sorgfalt und das entsprechend zwielichtige Erscheinungsbild der Branche benannt...

Quelle: Presseerklärung der ÖTV Berlin v. 16.8.99

## Verlängerung der Beschäftigtensicherung und Arbeitszeitanpassung

Am 20.8. einigten sich die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und der Berliner Senat auf die Verlängerung der Vereinbarung zur Beschäftigtensicherung.

Der Ausschluß betriebsbedingter Kündigungen wird bis zum 31.12.2004 garantiert. Damit können auch die Beschäftigten, deren Stelle aufgrund der Bezirksfusion gefährdet sind (geschätzt sind 5.000) oder die von dem weiterhin stattfindenden Stellenabbau (jährlich 3.750 Stellen) betroffen sind, aufatmen. Bis zuletzt umstritten war, ob unter diese Vereinbarung auch die städtischen Bühnen fallen, worauf die ÖTV bestand und was nunmehr zugesagt wurde.

Erreicht wurde auch eine Zusage des Senats, daß spätestens zum 1.1.2001 die Arbeitszeit für die Beschäftigten im Ostteil der Stadt an den Westen angeglichen werden. Eine Angleichung der Monats-einkommen ist in Berlin bereits seit Oktober 1996 erfolgt - als Folge eines Wahlzugeständnisses 1995 - und hatte den Ausschluß Berlins aus der TdL zur Folge.

Nach Presseberichten enthält die Vereinbarung auch Regelungen zur Arbeitszeit, zum Gesundheitsschutz und zum Personalüberhang.

Bisher ist lediglich bekannt, daß die Einführung einer Krankenstatistik vereinbart wurde, die dem Ziel der Senkung des Krankenstands dienen soll. har

*Bis zum 6. August führte die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) bundesweit vor Filialen von McDonald's Protestaktionen gegen die katastrophalen Arbeitsbedingungen der 51.000 Beschäftigten und gegen die Niedriglohnpolitik des Konzerns durch. Zu Beginn der Kampagne stellte die Gewerkschaft eine Dokumentation vor, mit der sie die massive Behinderung der Betriebsratsarbeit bzw. des Aufbaus von Betriebsräten bei McDonald's belegte. Während der Aktionen forderte NGG die Kunden und Kundinnen dazu auf, NGG-Flugblätter als Zeichen der Solidarität demonstrativ auf die Tische zu legen. – Wir veröffentlichen einen Artikel der NGG zu McDonald's, der die Arbeitsbedingungen, Löhne, Ideologie untersucht und sich mit der Frage befaßt, wie gewerkschaftliche Gegenwehr unter den schwierigen Bedingungen entwickelt werden kann.* Quelle: [www.gewerkschaft-ngg.de](http://www.gewerkschaft-ngg.de)

## **NGG-Kampagne gegen Billiglöhne und miese Bedingungen**

# **Arbeiten bei McDonald's – McJobs in der Wirklichkeit**

Von Anja Webe

In seinen rund 1.000 Restaurants beschäftigt McDonald's in Deutschland mittlerweile rund 50.000 ArbeitnehmerInnen. Alljährlich zur Jahrespressekonferenz rühmt sich das Unternehmen der Schaffung von Arbeitsplätzen, die Medien greifen dies in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit häufig kritiklos auf. So wird selbst die vielleicht problematischste Seite der Fast-Food-Gastronomie, die Schaffung und Ausweitung von McJobs' noch zu positiver Publicity genutzt.

Die Arbeitsbedingungen bei McDonald's sind nicht nur deshalb kritisch unter die Lupe zu nehmen, weil hier belastende Arbeit schlecht bezahlt wird. Hinzu kommt ein demokratiefeindlicher und autoritärer Führungsstil des Unternehmens, dem es so gelingt, sich der Mitbestimmung durch Betriebsräte weitgehend zu entziehen.

McDonald's wurde zum Namensgeber für die McJobs', als Synonym für Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich, die sich durch fachlich geringe Qualifikationsforderungen, niedrige Bezahlung und weitgehende Entrechtung der Beschäftigten auszeichnen. Eine nähere Betrachtung der Arbeitsbedingungen bei McDonald's lohnt auch deshalb, weil das Unternehmen eine Vorreiterrolle bei der Gestaltung zukünftiger Arbeitsmarktstrukturen einnimmt. (1)

### **Arbeiten bei McDonald's**

In einem Restaurant arbeiten zwischen 50 und 100 Beschäftigte, davon ca. ein Drittel als Vollzeitkraft. Von den Teilzeitbeschäftigten ist ein hoher Anteil als 630-Mark-Kraft geringfügig beschäftigt. Unter Einbeziehung der sozialversicherungsfrei beschäftigten StudentInnen betraf dies vor der gesetzlichen Neuregelung der geringfügigen Beschäftigung nach unserer Schätzung über 15.000 ArbeitnehmerInnen bei McDonald's.

Ca. 90 % des Personals übt ungelernte Tätigkeiten aus, die Anlernzeit beträgt nach Angaben von McDonald's zwei Ta-

ge. Diese Beschäftigten arbeiten überwiegend im sogenannten Rotationssystem, d.h. sie arbeiten im Wechsel in allen Bereichen des Restaurants, z.B. an der Kasse, im Gastraum (Tablett abräumen, Tische säubern), am Grill, an der Friteuse, sie garnieren, toasten und packen die Produkte; auch die Toilettenreinigung gehört in vielen Restaurants zu ihrer Aufgabe. Die Arbeitsabläufe zeichnen sich durch einen hohen Normierungsgrad aus und sind exakt durchkalkuliert, bis hin zur genauen Menge des Wareneinsatzes und der erforderlichen Zeit. So wird auch die kleinste Einheit des Arbeitsprozesses umfassend kontrolliert. Selbst die Kommunikationsprozesse zwischen den MitarbeiterInnen und dem Gast sind vorgegeben und unterliegen der Kontrolle: „Früher einmal wurde ihrer Fähigkeit mißtraut, das Richtige zu tun, die Ar-

### **Gewerkschaft unterstützt McDonald's-Beschäftigte**

McDonald's wollte die seit April des Jahres fällig werdenden Arbeitgeberbeiträge für die Sozialversicherung zur Hälfte auf die geringfügig Beschäftigten abwälzen. Nachdem es seitens der Beschäftigten mit Unterstützung der Gewerkschaft Nahrung Genuss Gaststätten (NGG) dagegen Proteste gab, wurden die vollen Bruttostundenlöhne ausgezahlt. Einen Monat später wurden dann allerdings 50 % abgezogen. Die Geschäftsleitung hatte auf Anraten ihres Bundesverbands der Systemgastronomie (BdS) die Beschäftigten zu dieser „freiwilligen“ Leistung gebracht und sie das auch noch unterschreiben lassen.

Im neusten Crew Report, der Zeitung der NGG für McDonald's-Beschäftigte, die jetzt herauskam zur zweiten Aktionswoche der NGG für Entgelterhöhung (70 Pfennig pro Stunde mehr für alle Mitarbeiter sollen durchgesetzt werden), heißt es zu dem Coup der Geschäftsleitung gegen die 630 DM-Arbeitskräfte:

„Für McDonald's ein lukratives Geschäft: Insgesamt beschäftigt McDonald's rund 50.000 Arbeitnehmer, nach eigenen Angaben 20 % geringfügig Be-

beitnehmer finden sich nun in der Situation, daß ihnen nicht mehr zugetraut wird, das Richtige zu sagen.“ (2)

Der Stundenlohn liegt im Juni 1999 zwischen 11,04 DM und 13,48 DM brutto in den alten und 10,54 DM und 10,84 DM in den fünf neuen Bundesländern. Bei einer 40-Stunden-Woche erhält ein Beschäftigter in den alten Bundesländern also zwischen 1.910 DM und 2.332 DM brutto im Monat.

Nur ca. 10 % des Personals sind Angestellte. Sie werden zum sogenannten ‚Management‘ gezählt, obwohl auch sie den Anweisungen der Unternehmenszentrale vollständig unterstellt sind. Ein großer Teil ihrer alltäglichen Arbeiten unterscheidet sich nicht von denen der RotationsmitarbeiterInnen, da sie häufig einspringen müssen, wenn Personal fehlt. Durch krasse Hierarchie (es gibt angestellte RestaurantleiterInnen, erste, zweite, dritte AssistentInnen und VorarbeiterInnen) und die deutlich höheren Verdienste (zwischen 2.933 DM und 4.690 DM in den alten Bundesländern) wird jedoch eine scharfe Trennung zwischen der ‚Crew‘ (den gewerblichen MitarbeiterInnen) und den Angestellten geschaffen.

Spezielle Veranstaltungen für Angestellte führen dazu, daß viele sich selbst als Arbeitgeber ansehen, obwohl sowohl die Gehaltshöhe als auch die Einbindung in die straffe Hierarchie deutlich machen, daß es sich hier nicht um ‚leitende Angestellte‘ handelt. Es ist das Prinzip teile und herrsche', das hier in spezieller Form durchgesetzt wurde.

### **Armut trotz Arbeit („Working poor“)**

Die Nettoeinkommen der Beschäftigten liegen häufig unterhalb der Sozialhilfe-

schäftigte. Kostenersparnis: Rund acht Millionen DM im Jahr. Für die Betroffenen allerdings bitter: Bis zu 70 DM im Monat nimmt sich McDonald's aus ihrer Tasche. ‚Klar rechtswidrig‘, erklärt Dr. Gabriele Peter, Referatsleiterin in der Rechtsabteilung NGG. Bei den örtlichen NGG-Büros kann ein Muster für die Geltendmachung gegenüber dem Arbeitgeber und ein ausführliches Info angefordert werden.“

Eine Geltendmachung der einbehaltenen Löhne durch den einzelnen Beschäftigten kann sehr wohl Aussicht auf Erfolg haben. Sowohl die Krankenkassen als auch das Arbeitsministerium laufen Sturm gegen die Aktion des BdS. Der Bundesverband der Innungskrankenkassen überlegt bereits, ob von der Möglichkeit, erst eine Verwarnung auszusprechen und dann pro Mitarbeiter Geldbußen gegen die Unternehmen von bis zu 10.000 DM zu verhängen, Gebrauch gemacht werden soll. Außerdem sind die Geltendmachungen, wenn sie von vielen eingereicht werden, ein deutliches Zeichen gemeinsamen Handelns, was McDonald's sehr wohl verstehen kann, wie die Proteste im April gezeigt haben.

jol



grenze. So werden die Erträge dieses Weltunternehmens teilweise indirekt staatlich subventioniert, wenn die Beschäftigten zusätzlich Sozialhilfe in Anspruch nehmen müssen, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Bis zur gesetzlichen Neuregelung führte die hohe Anzahl an sozialversicherungsfreien Beschäftigungsverhältnissen dazu, daß viele ArbeitnehmerInnen keinen Zugang zu den Sozialversicherungssystemen hatten. Bei längerer Krankheit, Arbeitslosigkeit oder im Rentenfall drohte auch hier das Angewiesensein auf Sozialhilfe. (3)

Ein großer Teil der Beschäftigten muß seinen Lebensunterhalt durch einen Zweit-Job finanzieren, denn selbst eine Vollzeitbeschäftigung reicht kaum aus, sich selbst, geschweige denn eine Familie, zu finanzieren.

McDonald's ist bestrebt, diese Löhne noch weiter abzusinken. Der Geschäftsführer des zuständigen Arbeitgeberverbandes, des Bundesverbandes der Systemgastronomie (BdS), Thomas Heyll, erklärte in einem Fernsehinterview im April 1997: „Es ist heute sogar ein harter Kampf auf dem Arbeitsmarkt zu beobachten, im großstädtischen Bereich, um diese Jobs. Die Kündigungsraten gehen gegen Null in diesem Sektor, und ich erwarte sogar noch, in den nächsten Jahren, einen stärkeren Druck auf diese DM-Beträge in Richtung 1.800 Mark.“ (4)

Seit 1989 existiert, infolge längerer Auseinandersetzungen zwischen der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) und McDonald's, ein Tarifvertrag mit dem BdS – auf sehr niedrigem Niveau. Selbst dieses Tarifniveau wird bei McDonald's häufig nicht eingehalten. Nach unserer Schätzung werden ca. 30 % der Beschäftigten in den Restaurants ohne Betriebsrat zu gering bezahlt. Durch den Tarifvertrag konnte durchgesetzt werden, daß die Beschäftigten im Krankheitsfall weiterhin den vollen Lohn bekommen müssen; in zahlreichen Restau-

rants wird gegen diese Regelung verstoßen. Der Tarifvertrag sieht vor, daß Mitarbeiter automatisch nach zwölf Monaten mehr Geld bekommen. Auch dies wird in vielen Restaurants nicht umgesetzt. Die Einsparung für McDonald's beträgt pro Vollzeit-Mitarbeiter über 800 DM im Jahr. Erst 1995 wurde erreicht, daß die RotationsmitarbeiterInnen nach einer bestimmten Zeit die Tarifgruppe 3 mit 13,48 DM brutto in der Stunde erhalten. (5)

Selbst in den Restaurants mit Betriebsräten war die Umsetzung dieser Vereinbarung nur durch Arbeitsgerichtsprozesse möglich. In vielen Restaurants ist die Tarifgruppe 3 für die Beschäftigten weiterhin ein Fremdwort.

#### **Mythos Nummer eins: Vom Tellerwäscher zum Millionär?**

Dieser Mythos wird gepflegt. Erst kürzlich wurde vom Aufstieg des ersten Europäers in die McDonald's-Zentrale in den USA berichtet. Er habe als einfacher Rotationsmitarbeiter in einem österreichischen Restaurant angefangen. McDonald's brüstet sich seines Schulungszentrums in München und der Möglichkeiten für die einfachen MitarbeiterInnen, ins Management aufzusteigen oder als FranchisenehmerInnen ein Restaurant zu übernehmen.

Die meisten MitarbeiterInnen werden allerdings nicht MillionärInnen, sondern bleiben potentielle SozialhilfeempfängerInnen. Die Besonderheit der Entlohnung bei McDonald's ist, daß es kaum finanzielle Aufstiegsmöglichkeiten für die Masse der Beschäftigten gibt. Auch nach zehnjähriger Betriebszugehörigkeit kommt der/die qualifizierteste MitarbeiterIn im Rotationssystem als Vollzeiterkraft nicht über 2.332 DM brutto im Monat hinaus. (6) McDonald's ist in der Tat „ein etwas anderes Restaurant“: Während in anderen Restaurants der Systemgastronomie hier der Einstiegslohn beginnt und weitere Aufstiegsmöglichkeiten fol-

gen, endet der ‚Aufstieg‘ des/der McDonald's-Beschäftigten da, wo andere anfangen. Und auch das mußte fast überall erst gerichtlich erstritten werden. In Dortmund sorgte McDonald's für eine gute Auslastung der Arbeitsgerichte: Bei insgesamt 335 Beschäftigten in den fünf Dortmunder Restaurants mußten über 200 Klagen vor dem Arbeitsgericht geführt werden. (7)

#### **McDonald's als Chance für ausländische MitarbeiterInnen ?**

Zwei weitere Aspekte führt McDonald's in seine Marketingstrategie ein: McDonald's sei multikulturell und biete auch ausländischen ArbeitnehmerInnen eine Chance. Die Arbeit bei McDonald's sei für viele ein erster, positiver Einstieg in den Arbeitsmarkt. (8) Was hier für positives Marketing genutzt wird, ist Resultat einer scharf kalkulierten Personalpolitik: Sie spricht bevorzugt – neben SchülerInnen, StudentInnen und Hausfrauen – gesellschaftliche Randgruppen und solche Menschen an, die kaum andere berufliche Alternativen haben. Resultat: Für diese Beschäftigten ist es weitaus schwieriger, ihre Interessen wahrzunehmen, da der Verlust des Jobs die schlichte Existenzbedrohung bedeuten würde.

Verschärft wird dieses Problem bei ausländischen Beschäftigten. Immer wieder wird uns berichtet, daß der Status als ‚ausländischer Arbeitnehmer‘ genutzt werde, um Druck auszuüben und betriebliches Wohlverhalten zu erreichen.

Die Arbeitserlaubnis für Nicht-EG-BürgerInnen z.B. hängt daran, daß das Unternehmen rechtzeitig die Verlängerung der Arbeitserlaubnis beantragt. Erfolgt diese Beantragung zu spät, erlischt die Arbeits- und damit auch die Aufenthaltserlaubnis.

Natürlich gibt es Aufstiegsmöglichkeiten bei McDonald's:

Etwa ein Drittel der Angestellten hat sich vom Rotationsmitarbeiter in die Position des Angestellten hochgearbeitet. Das ist natürlich, insbesondere für Menschen, die auf dem Arbeitsmarkt wenig Chancen haben, eine Perspektive, die allerdings leicht vom Unternehmen ausgenutzt werden kann.

#### **Mythos Nummer zwei: Die große McDonald's-Familie**

McDonald's bezeichnet sich gern als familienfreundliches Restaurant. Auch seine Beschäftigten sollen sich als Teil einer Familie fühlen. Dazu dienen z.B. regelmäßige Betriebsfeste, für die beträchtliche Summen ausgegeben werden. Es gibt einen Katalog von Sozialleistungen, zusätzliches Weihnachtsgeld, Altersversorgung, ein Vermögensbildungsprogramm, Ferienwohnungen etc. In den Genuß dieser zusätzlichen Leistungen gelangen überwiegend jedoch nur die Angestellten; die große Mehrheit der gewerblichen RotationsmitarbeiterInnen ist davon ausgeschlossen – es sei denn, die Be-

## Arbeitsamt Köln liefert McDonalds billige Lohnsklaven

Mit Androhung von Sperrzeiten werden Arbeitslose zur Dreckarbeit bei McDonalds für 11,10 DM brutto gezwungen! Die McDonalds-Chefs setzen Arbeitslose im Arbeitsamt unter Druck!

Das ist die „schöne neue Arbeitswelt“ von Arbeitsamtsdirektor Fuß!

McDonalds in Köln braucht dringend Arbeitskräfte, um Ende Juni eine neue Filiale auf der Amsterdamer Straße eröffnen zu können. Sie haben Probleme, die benötigten 60 Leute schnell genug zu finden. Kein Wunder. Denn die Arbeitsbedingungen sind vom Feinsten: Schichtarbeit, Plackerei in der heißen Küche oder beim Spülen, Arbeitsstreß, Antreiberei durch die Vorarbeiter - und trotzdem immer „recht freundlich“ zu den Kunden. Nach dem McDonalds Rotationsmodell können sie außerdem beliebig zwischen den Filialen hin- und hergeschickt werden, oder von einem auf den anderen Tag in eine andere Schicht versetzt werden. Und das alles für den lächerlichen Stundenlohn von DM 11,10 brutto.

Um für diese Arbeit genug Leute zu finden, arbeitet McDonalds mit dem Arbeitsamt zusammen. Die McDonalds-Chefs dürfen im Arbeitsamt und im Beisein des Arbeitsvermittlers Arbeitslose unter Druck setzen. McDonalds-Chefs wie Herr Cleve schildern Dir in leuchtenden Farben die Vorteile eines Jobs bei McDonalds. Und wenn Du zögerst, drohen sie offen mit der möglichen Sperrzeit:

„Sie wissen ja, was passiert, wenn sie auf dieses Angebot nicht eingehen ...“

Der Arbeitsvermittler sitzt die ganze Zeit dabei und beobachtet Dich. Wenn Du Dich nicht genügend arbeitswillig zeigst, wird er versuchen, Dir eine Sperrzeit reinzudrücken, d.h. für drei Monate das Geld wegzunehmen! Deswegen ist das Arbeitsamt so sehr an der Zusammenarbeit mit McDonalds, Leiharbeitsfirmen oder anderen Schwitzbuden interessiert. Mit solchen Jobs können sie uns unter Druck setzen und aus ihrer Statistik rausschmeißen.

Sollen wir uns jeden Scheißjob gefallen lassen?

Die Arbeitsämter wollen, daß es normal wird, uns in Jobs wie bei McDonalds zu vermitteln, die von den meisten immer noch dankend abgelehnt werden. Sie wollen uns einblenden, daß es kein Geld mehr vom Amt gibt, wenn wir uns nicht auf jeden x-beliebigen Job einlassen. Das müssen wir uns nicht gefallen lassen. Wenn wir uns nicht einfach in solche Jobs reinzwingen lassen, hilft das auch denjenigen, die in Firmen wie McDonalds für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen kämpfen. Denn wenn sie selbst mit Hilfe des Arbeitsamtes nicht genügend Lohnsklaven bekommen, können sie Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich wehren, nicht einfach rausschmeißen und durch neue ersetzen - wie es dort üblich ist. ...

**Sklaven in Aufruhr  
c/o SSK-Ehrenfeld  
Liebigstraße 25  
Tel. 55 61 89**

schäftigten oder die Betriebsräte haben mit gewerkschaftlicher Unterstützung anderes durchgesetzt.

Trotz geringer Bezahlung, belastender Arbeitsbedingungen und häufiger Klagen über schlechten und autoritären Führungsstil arbeiten viele Kolleginnen und Kollegen gern bei McDonald's und betonen den Spaß, den sie auch bei der Arbeit haben. Also tatsächlich eine fröhliche und fleißige Familie? Eine Untersuchung der Fachhochschule Hamburg zur Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten kam zu folgender, zutreffender Einschätzung: „Die in die Unternehmenskonzepte integrierten Formenleitbilder zielen nicht nur auf eine organisatorische, sondern auch auf eine motivationale Einbindung der Mitarbeiter. Individuelle Einflußmöglichkeiten bei der (zeitlichen) Gestaltung des Arbeitseinsatzes lassen die Berücksichtigung privater Belange zu. Enge Interaktionsbeziehungen zu Kolleginnen und Vorgesetzten ermöglichen die Befriedigung sozialer Bedürfnisse am Arbeitsplatz. Die Austauschbarkeit fachlich gering qualifizierter Arbeitnehmer fördert die Fügsamkeit. Die spezifische Personalstruktur (hoher Anteil Ungelernter, hoher Frauenanteil, hoher Ausländeranteil) schränkt anderweitige Arbeitsmarktchancen der Arbeit-

nehmer der Systemgastronomie ein und trägt zu einer resignativen Zufriedenheit mit den Gegebenheiten bei.“ (9)

### Behinderung von Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit

McDonald's versucht, sein Unternehmen von störenden Einflüssen wie Betriebsräten und Gewerkschaften freizuhalten und eine ‚corporate identity‘, d.h. ein einheitliches Unternehmensleitbild, das dem Mythos einer gemeinsamen Familie folgt, zu verankern. Ein wesentliches Mittel ist dabei die scharfe Gewerkschaft zu Gewerkschaften und die Behinderung von - eigenständig und unabhängig agierenden - Betriebsräten.

In keinem anderen Unternehmen der vielfältigen Branchen, die die Gewerkschaft NGG vertritt, gibt es derartig viele Beispiele für die systematische Behinderung von Betriebsratswahlen. Gewerkschaftssekretäre erhalten Hausverbote, die dann häufig durch einstweilige Verfügungen der Arbeitsgerichte wieder aufgehoben werden, das Zustandekommen von Betriebsversammlungen wird verzögert, Führungskräfte sammeln Unterschriften in der Belegschaft gegen Betriebsratswahlen, etwaige Kandidatinnen und Kandidaten werden zu Gesprächen zitiert und gekündigt. Zahlrei-

che Beispiele sind in unserer Dokumentation in dieser Broschüre genannt.

Immer wieder geben engagierte Betriebsräte nach langen Auseinandersetzungen auf. McDonald's läßt es sich etwas kosten, solche Kolleginnen und Kollegen loszuwerden: In Köln wurde das Unternehmen mit einem Schlag 46 ‚störrische‘ Betriebsräte los, indem es Abfindungen bis zu 90.000 DM zahlte und erreichte damit gleichzeitig das Ende des ersten, 1995 gebildeten Gesamtbetriebsrats. Als in einem Frankfurter Restaurant erstmals ein Betriebsrat gewählt werden sollte, bekam ein Wahlvorstandsmitglied Besuch aus der Münchner Unternehmenszentrale in seiner Wohnung. Man habe ihm 25.000 DM für sein Ausscheiden angeboten. (12) Auch der 1996 neu konstituierte Gesamtbetriebsrat wurde lahmgelegt. Für die Gewerkschaft NGG war das aktive Betreiben der Unternehmenszentrale so offenkundig, daß sie sich gezwungen sah, Strafantrag gegen McDonald's Deutschland wegen der Behinderung und Störung der Gesamtbetriebsratsarbeit zu stellen.

Es zeigt sich allerdings, daß den Machenschaften des Unternehmens mit juristischen Mitteln schwer beizukommen ist. Nur selten kommt es nach einer Strafanzeige auch zu einem entsprechenden Verfahren. Die Angst der Kolleginnen und Kollegen, eine Aussage zu machen, wenn Druck auf sie ausgeübt wurde; die Problematik, daß vielen Vorgängen Vier-Augen-Gespräche zugrundeliegen und sie schwer beweisbar sind, und eine unzureichende Sensibilisierung der Staatsanwälte für die Problematik führen überwiegend zur Einstellung solcher Verfahren. (13)

### Ausblick: McDonald's ist einfach gut? - Besser mit Betriebsräten

Je nachdem wie man es betrachtet, ist das Glas halb voll oder halb leer. Das gilt auch für die Bilanz der bisherigen Bemühungen von Beschäftigten, Betriebsräten und Gewerkschaften, die Arbeitsbedingungen bei McDonald's zu verbessern.

Auf der einen Seite: Ständige Rückschlüsse bei der Bildung von Betriebsräten und der Durchsetzung unternehmensweiter Mitbestimmung durch den Gesamtbetriebsrat. Auf der anderen Seite: Anfang der 80er Jahre wurde der erste Betriebsrat bei McDonald's gewählt. Heute bestehen rund 50 Betriebsräte bei McDonald's. Einerseits: Der gewerkschaftliche Organisationsgrad im Unternehmen ist immer noch sehr niedrig - andererseits: die Mitgliederzahlen steigen in diesem Bereich kontinuierlich.

Auch tarifpolitisch mußten Rückschlüsse hingenommen werden; dennoch sichern die Tarifverträge ein Minimum an Rechten und Leistungen für die Beschäftigten, die oft sogar noch unterschritten werden. Erfolgreiche Tarifpolitik in diesem Bereich wird in dem Maße möglich, in dem es gelingt, gewerkschaftliches Handeln bei den Beschäftigten weiter zu

verankern. Dies erfordert einen gegenseitigen Lernprozeß. Die Beschäftigten von McDonald's sind nicht geprägt von ‚gewerkschaftlicher Kultur‘, und auch für die Gewerkschaft ist die Arbeit in diesem Bereich ein ständiger Lernprozeß. Das betrifft sowohl das Verständnis der spezifischen Probleme und Herangehensweisen der Beschäftigten als auch die Entwicklung einer angemessenen Strategie. Solidarität als Grundlage gewerkschaftlichen Handelns wird lebendig, wenn sich Gewerkschaften nicht auf die Organisation von Großbetrieben beschränken, sondern gemeinsam mit den betroffenen Kolleginnen und Kollegen an der Durchsetzung verbesserter Arbeitsbedingungen arbeiten.

Ansätze hierzu gibt es: Betriebsräte haben erhebliche Verbesserungen in ihren Restaurants, und manchmal auch unternehmensweit, durchgesetzt. Stichwort Menschenwürde: Ein Frankfurter Betriebsrat griff die Beschwerde von MitarbeiterInnen auf, die es als entwürdigend empfanden, die lächerliche Papiermütze, die aus lebensmittelhygienischen Gründen in der Küche vorgeschrieben ist, auch an der Kasse zu tragen. Diese Mütze zählt weltweit zur standardmäßig vorgeschriebenen Uniform. Die Initiative des Betriebsrats hatte Erfolg: Die Papiermütze muß an der Kasse nicht mehr getragen werden.

#### Stichwort: Kontrolle und Führungsstil:

Das Eingreifen der Betriebsräte führte dazu, daß sogenannte Qualitätssicherungskampagnen mit geheimen Testkäufern überarbeitet wurden und nicht mehr vorrangig das individuelle Verhalten der MitarbeiterInnen überprüft wird.

Stichwort Entlohnung: Durch die Zusammenarbeit von Betriebsräten und Gewerkschaft wurden Musterprozesse geführt, die für die Beschäftigten bessere Entlohnung durch veränderte Eingruppierung ermöglichen.

Das sind drei Beispiele von vielen, die deutlich machen, daß Veränderungen bei McDonald's möglich sind. Auch der mit großem internationalen Echo geführte McLibel-Prozeß in Großbritannien (14) hat gezeigt, daß die oft als Kampf Davids gegen Goliath empfundene Auseinandersetzung mit diesem Weltunternehmen nicht aussichtslos ist. Über das Internet entwickelte sich eine Woge weltweiter Solidarität und eine international geführte Diskussion auch von McDonald's Beschäftigten.

Dabei wäre eine ‚Dämonisierung‘ des Unternehmens der falsche Ansatz! Der Mythos McDonald's basiert auf einer Mischung aus Bewunderung (eines mächtigen und effektiven Unternehmens), geschickter Werbung (die den Besuch bei McDonald's als moderne (Eß)-Kultur und das Unternehmen als sozial und kinderfreundlich darstellt), dem Gefühl des Verführtwerdens und der Dämonisierung. Ein solcher Mythos führt kaum zu selbstbewußtem Handeln der Betroffen-

nen. Unsere Strategie ist die der Aufklärung, indem wir die Beschäftigten informieren und zu eigenem Handeln ermutigen, indem wir versuchen, Solidarität zu entwickeln und die oft noch vereinzelt Ansätze von Gestaltung des Arbeitslebens bei McDonald's zusammenzuführen, und der Öffentlichkeitsarbeit, z.B. wenn McDonald's versucht, in seinem Unternehmen demokratiefreie Räume zu schaffen.

Grundlegende Veränderungen bei McDonald's sind nicht von heute auf morgen zu erreichen, aber wie drückte es der ehemalige Gesamtbetriebsratsvorsitzende von McDonald's, Taesung Kim aus Würzburg, aus: „So wie ein Saatkorn möchte ich mit meiner Arbeit dazu beitragen, daß Betriebsräte bei McDonald's irgendwann ein starker Baum werden.“

NGG gibt den betrieblichen Akteuren Rückhalt und ermöglicht den Erfahrungsaustausch sowie die Entwicklung von gemeinsamen Strategien und Handlungsweisen. So schafft NGG trotz der starken Fluktuation auch bei den Betriebsräten Kontinuität und wirkt als stabiler Kern der in den Betrieben Aktiven.

#### Anmerkungen

- (1) Vgl. hierzu Ritzer 1998: 60 ff; Ritzer argumentiert, daß die ökonomische Erfolgsstory der Fast-Food-Industrie und ihre starke Expansion dazu führe, daß auch andere Branchen versuchen, Elemente dieser Unternehmenskonzepte zu übernehmen. Ergebnis sei, daß zunehmend auch eine große Anzahl von mittel-qualifizierten Jobs dequalifiziert und in McJobs' umgewandelt werden.
- (2) Ritzer 1998: 64. Übersetzung von der Verfasserin
- (3) Vgl. zu diesem Thema Pohl & Schäfer 1996
- (4) Thomas Heyll, Geschäftsführer des Bundesverbandes der Systemgastronomie in der Fernsehshow Panorama am 7. 4. 1997
- (5) Leider konnte diese Regelung bisher nur für den Tarifbereich der alten Bundesländer durchgesetzt werden.
- (6) In den neuen Bundesländern endet die Eingruppierung bei derzeit 1.835 DM (s.o.)
- (7) Vgl. Spiegel Nr. 45 / 97
- (8) Diese Argumentation ist beispielhaft nachzulesen in den verschiedenen Geschäftsberichten von McDonald's.
- (9) Bischoff-Kümmel, Gudrun u. a. 1994
- (10) Vgl. Spiegel Nr. 45 / 97
- (11) Main Post, 1. 8. 1998
- (12) Vgl. Spiegel Nr. 45 / 97
- (13) So geschehen auch bei dem Strafantrag wegen der Behinderung der Gesamtbetriebsratsarbeit.
- (14) S. hierzu Buko Agrar Koordination / Forum für Internationale Agrarpolitik, Fast Food, Buko Agrar Dossier 21, Hamburg 1998, Schmetterling-Verlag

#### Literatur

Bischoff-Kümmel, Gudrun u. a.: Möglichkeiten betrieblicher Interessensvertretung und gewerkschaftlicher Handlungsstrategien im Rahmen neuer Organisationskonzepte in der Gastronomie: das Beispiel der Systemgastronomie (Projekt Nr. 93 – 479 – 2) Fachhochschule Hamburg 1994  
 Pohl, Gerd / Schäfer, Claus (Hg.): Niedriglöhne. Die unbekannte Realität: Armut trotz Arbeit, Hamburg 1996  
 Ritzer, George: The McDonaldization of Society, London 1998

#### DIHT gegen verschärfte Erbschaftsbesteuerung. HB,

Mittwoch, 18.8.99. – Der Deutsche Industrie- und Handelsstag (DIHT) lehnt die in der Koalition von SPD und Grünen diskutierte Erhöhung der Erbschaftssteuer ab, da sie die mittelständische Wirtschaft belaste.

„Impulse für Arbeit“. – In verschiedenen Projekten will eine Allianz von Industrie, Kirchen und Wissenschaft neue Möglichkeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit „vor Ort“ aufspüren. Die Veba AG, die evangelische Kirche im Rheinland, das Bistum Essen und das Bonner Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA) stellten am Dienstag, den 17.8.99 in Düsseldorf ihre gemeinsame Initiative vor.

Nach Angaben des wissenschaftlichen Projektleiters, IZA-Direktor Klaus F. Zimmermann, stehen die Beschäftigungsmöglichkeiten gering qualifizierter und schwer vermittelbarer Arbeitnehmer im Mittelpunkt der Initiative. Die Arbeitslosigkeit dieser Gruppe habe 1997 im Westen 24% und in den neuen Ländern 55% betragen. „Unser zentrales Ziel ist es, den Kontakt der Betroffenen zum Arbeitsmarkt wieder herzustellen und ihnen in Modellprojekten sinnvolle Qualifikationsanreize zu vermitteln“ so Zimmermann. Die Projekte sollen sich auf strukturschwache Regionen in Nordrhein-Westfalen konzentrieren.

#### Gesamtmetall stellt Schaffung von Arbeitsplätzen ins Zentrum. HB, Freitag/Samstag, 20./21.8.99. – Der Präsident der Arbeitgebervereinigung Gesamtmetall, W. Stumpfe, erklärte,

sein Verband wolle die zwischen der BDA und dem DGB beim Gipfeltreffen des Bündnisses für Arbeit gemeinsam ausgehandelte Erklärung umsetzen. Danach sollten Produktivitätssteigerungen vorrangig der Beschäftigungsförderung dienen. Er appellierte an die Gewerkschaften, sich bei den bevorstehenden Verhandlungen von dem Prinzip leiten lassen, alles zu tun, was Arbeitsplätze schaffe oder sichere. Er sprach sich für eine differenzierte und flexible Arbeitszeitpolitik aus. Während er generelle Arbeitszeitverkürzungen in jeder Form ablehnte, will er der IG Metall beim Thema Überstunden entgegenkommen. Zum beschäftigungswirksamen Abbau von Überstunden könne Mehrarbeit auf Zeitkonten bis hin zu Lebensarbeitszeitkonten gutgeschrieben werden, um eine schnelle Neubesetzung von Arbeitsplätzen zu ermöglichen. Der Flächentarifvertrag müsse durch Wahl- und Ergänzungsmöglichkeiten und Öffnungsklauseln modernisiert werden.

Presseauswertung: rst

# Berichte von der Linken Schule

## AG Philosophie

Wir hatten das Thema gewählt: Vernunftdenken versus Sittlichkeitsdenken in der Entwicklung des internationalen Rechts. Anlass dafür und für die Auswahl der Texte war der völkerrechtswidrige Angriffskrieg der NATO-Mächte gegen Jugoslawien. Unser Interesse war aber nicht die Erörterung konkreter Fragen des Völkerrechts. Vielmehr wollten wir uns mit der Grundlegung des Völkerrechts (eigentlich Staatenrechts) befassen, um daraus Argumente gegen die aktuelle Umwälzung desselben durch NATO, USA und EU zu entwickeln.

Im konkreten Fall – und die Bestrebungen gehen dahin, das Völkerrecht entsprechend anzupassen – legitimierten die NATO-Mächte ihren Krieg gegen Jugoslawien über ihren – vorgeblichen – Zweck (Durchsetzung der Menschenrechte), der das Mittel heilige. Diese Kriegerrechtfertigung besteht die Probe auf die Vernunft nicht. Das von Kant formulierte Rechtsprinzip im Verhältnis auch der Staaten zueinander, dem „unbedingte Notwendigkeit“ zukomme, lautet: „Handle so, dass du wollen kannst, deine Maxime solle ein allgemeines Gesetz werden (der Zweck mag sein, welcher er wolle).“ („Zum ewigen Frieden“) Die dem NATO-Handeln zugrundeliegende Maxime ist das „Recht“, besser die Anmaßung des Stärkeren, das Völkerrecht zu brechen, fremde Souveränität zu verletzen, die UNO zu zertrümmern.

Gegen das „Recht“ des Stärkeren liefert Hobbes („Leviathan“) das – nicht restlos überzeugende – Argument, dass es auf Dauer nicht funktioniert und auch der Stärkste seiner im „Krieg aller gegen alle“ errungenen Beute nie sicher sein kann. Locke („Über die Regierung“) entwickelt, für uns überzeugender, den Zusammenhang zwischen der Pflicht zur Selbsterhaltung und der Pflicht zur Erhaltung „der übrigen Menschheit“. Insofern gebietet das Naturgesetz auch im „Naturzustand“ (dem gedachten Zustand, in dem sich die Menschen „von Natur“, d.h. vor ihrer Vereinigung zur bürgerlichen Gesellschaft, und in dem sich die Staaten überhaupt befinden) den Frieden und die Erhaltung der ganzen Menschheit. Vattel („Le Droit des Gens“), der durch die systematisierende Bearbeitung der das Naturrecht betreffenden philosophischen Überlegungen seiner Zeit die weitgehend bis heute gültigen Prinzipien des modernen Völkerrechts formulierte, verwarf ausdrücklich die Theorie vom „Überstaat“ als Quelle des Völkerrechts und sprach statt dessen von der „Gesellschaft der Nationen“ als einer Tatsache, die ähnliche Rechte erzeuge wie das Zusammenleben der Individuen im „natürlichen Zustand“. D.h. dass die Nationen frei und unabhängig voneinander

## Aus der Diskussion der ArGe

Die Mitgliederversammlung der ArGe Konkrete Demokratie – soziale Befreiung, die am 12. August in Friedrichroda tagte, hat beschlossen, Beiträge aus der Diskussion der ArGe in den Politischen Berichten zu veröffentlichen. Das sind natürlich vor allem Berichte von der Linken Schule Friedrichroda, Ankündigungen der Linken Schule (die rechtzeitig vorher außerdem als Faltblatt erscheinen sollen), die relativ regelmäßig, d.h. halbjährlich anfallen, darüber hinaus aber auch – unregelmäßig – andere Berichte von unserer Tätigkeit, Mitteilungen oder Diskussionsbeiträge.

der sind und keine der anderen ihre Zwecke diktieren oder ihr Richter sein könne und Kriege nur zur Notwehr oder „Selbsthilfe“ legitimiert sind. Ganz anders Hegel („Grundlinien der Philosophie des Rechts“), der den Staat als höchsten Ausdruck der Vernunft vergöttlicht und Kriege als Mittel, den Streit zwischen Staaten zu entscheiden, und als höchsten Ausdruck der Aufopferung des Einzelnen fürs übergeordnete Ganze legitimiert. Kritisch gelesen, klärt Hegel wohl über die tatsächlichen Verhältnisse, die Konkurrenz, die den legitimiert, der sich durchsetzt etc., auf. Aber er legitimiert und überhöht sie, und vor allem versperrt seine Staats- (und Kriegs-)Verherrlichung den Weg zu einer kritischen, umwälzenden Praxis.

In unserer Diskussion sahen wir einen wichtigen systematischen Ansatz zur Kritik des Völkerrechts und vor allem seiner aktuellen Umwälzung in der Rolle und den Rechten, die den Staaten zukommen oder besser: nicht. Es gilt Ähnliches wie im Inneren, wo wir Bestrebungen unterstützen, den Staat, seine Macht und Gewalt einzuschränken und die Rechte und Selbsttätigkeit der Individuen zu stärken. Auch in der Beziehung zwischen den Staaten sollten Möglichkeiten der Staaten, ihre Werkzeuge (Waffen), ihr Radius etc. soweit irgend möglich begrenzt und eingeschränkt werden. Unter denselben Gesichtspunkten müssten Tendenzen und Bestrebungen in Richtung „Überstaat“ bekämpft werden, weil diese das „Oben“ gegen das „Unten“ stärkt und unter diesem Dach die wirtschaftlich Mächtigsten ihre Interessen als Universalinteressen durchsetzen. In diesem Sinne wollen wir uns mit einem Beitrag an der PDS-Programmdiskussion beteiligen.

Für die Winterschule haben wir beschlossen, uns (erneut) mit Adorno, Horkheimer, *Dialektik der Aufklärung* zu befassen.

Berichterstattung: Christiane Schneider

Protokolle der Kurse der Linken Schule, soweit erstellt, werden archiviert und auf Anfrage in einzelnen Exemplaren verschickt.

Bestellungen ebenso wie für das Faltblatt an:

Christiane Schneider, GNN-Verlag Hamburg, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. (0 04) 43 18 88 20, Fax (0 40) 43 18 88 21, e-mail: GNN-HH@LINK-S.cl.sub.de

Der bisher herausgegebene ArGe-Rundbrief, der immer unregelmäßiger erschien und zuletzt nur unter großen Mühen erstellt werden konnte, erscheint zukünftig nicht mehr.

Christiane Schneider

## Kurs Wirtschaft

Der Sommerkurs verfolgte das Ziel, in der Bestimmung der Inhalte (wirtschafts)politischer Grundbildung weiterzukommen.

In vorherigen Kursen vorausgegangen war eine Auseinandersetzung mit der Theoriegeschichte namentlich anhand der von Hofmann gesammelten und kommentierten Texte (1). Wir folgten im weiteren der von Hofmann vertretenen Ansicht, die von Max abgeschlossene klassische politische Ökonomie habe in ihren tragenden Aussagen Bestand in der betriebswirtschaftlichen Kalkulation und in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Die Erörterung der späteren, an der Vorstellung vom Grenznutzen orientierten, sogenannten subjektivistischen Theorien der Preisbildung führte uns zu folgender Meinung: Diese Art der Preisbildung spielt in der Kalkulation der Unternehmen keine Rolle, dort wird von Wertbildung und Kosten ausgegangen. Andererseits trifft zu, dass diese Art der Bewertung von Gütern und Dienstleistungen das Konsumverhalten, die Kaufentscheidung charakterisiert.

Sombart (2) lieferte uns methodische Hinweise zur Behandlung des Problems: Danach ist für das Verständnis der Wirtschaftssubjekte der Sinn, den sie selbst ihrem Verhalten beilegen, beachtlich. Die Auseinandersetzung mit dem gesellschaftlichen Subjekt des „Unternehmers“, die wir anhand von Darstellungen Sombarts (3) und Schumpeters (4) angingen, belegte sehr anschaulich, wie das Kapital in Rücksicht zwar auf ökonomische Gegebenheiten, aber durch den subjektiv ausgeformten Sinn des Unternehmers zusammengehalten wird und seinen gesellschaftlichen Führungsanspruch begründet.

Allerdings zeigt der Blick auf die gesellschaftlichen Daten, dass die Figur und Gesinnung des Unternehmers zwar

als Verkörperung der Wirtschaftsgesinnung schlechthin gilt und gefeiert wird, aber bei weitem nicht sämtliche wirtschaftliche Transaktionen der Gesellschaft bestimmt.

Die Auseinandersetzung mit den aktuell geltenden ökonomischen Theorien und den üblichen Praktiken muss viel eher davon ausgehen, dass die verschieden klassifizierbaren wirtschaftlichen Transaktionen spezifische, klassifizierbare Wirtschaftsgesinnungen ausprägen, die von Personen als Bestandteil ihres Lebensstils aufgenommen werden.

Das wirtschaftliche bzw. soziale Handeln der Kapitalunternehmen, der Familien, der Staatsorganisation, der Gemeinden, der Vereine und Genossenschaften folgt nicht derselben Sinnvorstellung. Es gilt nicht dieselbe Rationalität. Zum Beispiel:

Kapitalunternehmungen geht es um Wachstum des Kapitals. Die Kontrolle des Ziels wird durch das Bilanzwesen gewährleistet. Die menschliche Arbeit fungiert als Sache. Der so gesetzte Zweck der Akkumulation von Eigentum legitimiert die Beherrschung der beteiligten Sachen und Menschen durch den Unternehmer.

Die Familie wird durch das Ziel der Stilisierung und Übertragung einer Lebensweise zusammengehalten. Das setzt Zeit und Mittel voraus. Der Übertragungsprozeß wird naturwüchsig durch die Elterngeneration beherrscht. In der modernen Familie teilt sich die Familienarbeit spezifisch. Ein Teil der Zeit wird an die Unternehmen veräußert und ist der dort geltenden Rationalität unterworfen. Ein anderer Teil der Zeit ist nötig für Leistungen zur Reproduktion des Verbandes, die einer anderen Rationalität unterliegen. Besonders hilfreich für das Verständnis ist Bourdieus Theorie der Übertragung von kulturellem und sozialem Kapital durch die Familien. (5)

Der hoheitliche Staat sieht seinen Sinn in der Behauptung des gesellschaftlichen Status Quo, die auch seine Selbstbehauptung ist. Der moderne Staat bezieht seinen Unterhalt aus der Besteuerung der Unternehmen und der anderen Konsumenten, die Ausgabe der Mittel unterwirft er – widerwillig genug – parlamentarischer Zustimmung. Legitimation der Staatsgewalt fließt aus ihrer Eigenschaft als Sanktionsmacht sämtlicher rechtlich geschlossener Verträge. Auch der moderne, säkularisierte Staat bleibt mit der Religion, die der Gesellschaft ihr eigenes Wesen als höheres Wesen gegenüberstellt, eng verschwistert. Sein Selbstbehauptungsanspruch ist transzendent und maßlos.

Das Leben der Gemeinden kreist um die Gewährleistung von Einrichtungen, die von den Wirtschaftssubjekten in



ihrem täglichen Leben gemeinschaftlich oder spezifisch genutzt werden.

Vereine und Genossenschaften oder auch andere wirtschaftende Vergemeinschaftungen unterscheiden sich von Kapitalunternehmen dadurch, dass der Erfolg sich mit der Gewinn- und Verlustrechnung nicht vollständig fassen lässt, sondern nur in Relation auf einen anderen ausgesprochenen Sinn wichtig ist. Je nachdem wie dieser Vereinszweck gefasst ist, ermöglicht er Beschäftigten, Konsumenten etc. berechtigt an der Gestaltung des sozialen Geschehens mitzuwirken.

Gegenwärtig besteht der Trend, die aus dem Controlling der Kapitalunternehmen gewachsenen Methoden überallhin zu tragen, egal ob Ordnungspolitik, Sozial- und Gesundheitspolitik, ja sogar Religion. Das ist möglich, weil in der modernen Gesellschaft in allen sozialen Prozessen Geld bzw. geldwerte Sachen im Spiel sind.

Dass die Reproduktion der Unternehmen einer anderen Rationalität folgt als die Reproduktion der Familien, steht wohl fest. Es gibt dazu reichhaltiges Textmaterial, das auch für die politische Allgemeinbildung erschlossen werden kann. Schwierigkeiten bietet jedoch die Bestimmung des hoheitlichen Staates in seinen wirtschaftlichen Bezügen. Wir entschieden uns, dieser Frage auf zwei Wegen näherzukommen. Erstens setzten wir uns anhand von Vorträgen auseinander über das geschichtliche Werden von Staat und Steuer im alten Ägypten sowie in Mesopotamien. Die Vorträge werden, ergänzt um einen dritten zu Griechenland/Rom, in den Politischen Berichten erscheinen. Zweitens diskutierten wir eine Zusammenfassung der bürgerlichen Steuerrechtferigungslehre (6), die mit der Renaissance einsetzt und mit dem Ende des 19. Jahrhunderts endet. Die Diskussion dieses Themenkreises liefert (im Nachhinein, wo es immer leichter zu

sehen ist) viele Hinweise, dass die Übertragung der staatlichen Wirtschaftsgesinnung auf die Produktion scheitern musste; allerdings liefert sie auch Argumente, dass die umgekehrte Übertragung ebenfalls funktionswidrig ist. Der sperrige und schwierige Stoff muss für eine breitere Diskussion erst noch aufbereitet werden.

Im Winterkurs wollen wir die Gemeinde und die für sie bestimmende Wirtschaftsgesinnung in Abgrenzung zum hoheitlichen Staat diskutieren. Diese Abgrenzung wird nicht nur in analytischen Texten sichtbar, sondern auch in den miteinander verwobenen und voneinander abgegrenzten Haushalten.

Dabei wollen wir auch den in der diesjährigen Diskussion bereits angerissenen Themenkreis der „Ökobilanz“ aufnehmen.

Im zweiten Teil unserer Erörterungen prüften wir, welche Möglichkeiten bestehen, den Datensatz der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, wie er im statistischen Jahrbuch bzw. im Jahreswirtschaftsbericht vorgelegt wird, zu erschließen für die Beurteilung der wirtschaftspolitischen Diskussionen. Es zeigte sich, dass das von Baßeler, Heinrich und Koch (7) vorgelegte Lehrbuch in einer Diskussion von fachlich vorgebildeten und an wirtschaftlichen Fragen interessierten Laien a) aufgefasst werden kann und b) die Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung aufschließt.

Die Kursteilnehmerinnen und -teilnehmer fanden den Gedanken reizvoll, der Gliederung des Lehrbuchs folgend, aktuelle Daten und Meinungen zur Wirtschaftsentwicklung durchzuarbeiten. Es war allerdings klar, dass so ein Vorhaben mehr Zeit beansprucht, als im Rahmen der Halbjahresveranstaltungen der linken Schule zur Verfügung steht. Wir diskutierten, dass eine Reihe von ca. acht gut vorbereiteten Samstagstreffen ausreichen könnte.

*Berichterstattung Martin Fochler*

1 Werner Hofmann, Sozialökonomische Studien-  
texte, Herausgegeben von Werner Hofmann, 1979,  
Duncker und Humblot Berlin, Band 1 ff.

2 Werner Sombart, Die drei Nationalökonomien,  
1967, Duncker und Humblot GmbH Berlin

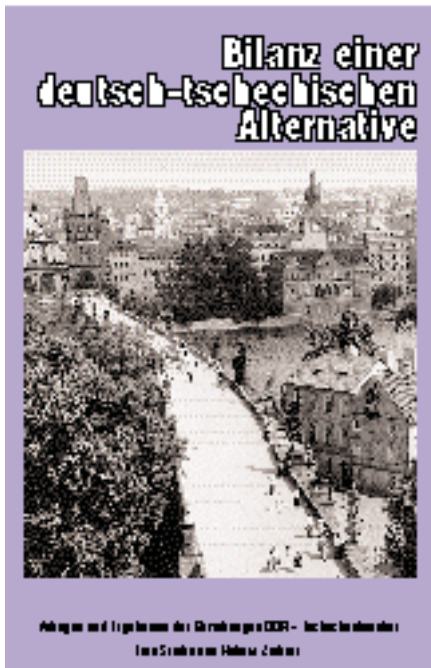
3 Werner Sombart, Der Bourgeois, 1987, Duncker  
und Humblot GmbH Berlin

4 Joseph Schumpeter, Theorie der wirtschaftlichen  
Entwicklung, 1997 Duncker und Humblot  
GmbH Berlin

5 Pierre Bourdieu, Die verborgenen Mechanismen  
der Macht, Ökonomisches Kapital, kulturelles  
Kapital, soziales Kapital, VSA Verlag 1997

6 Manfred Wachenhausen, Staatsausgabe und Öff-  
entliches Interesse in den Steuerrechtferigungs-  
lehren des naturrechtlichen Rationalismus, 1972,  
Duncker und Humblot GmbH Berlin

7 Ulrich Baßeler, Jürgen Heinrich, Walter Koch,  
Grundlagen und Probleme der Volkswirtschaft,  
1995, Wirtschaftsverlag Bachem Köln



Neuerscheinung

## Bilanz einer deutsch-tschechischen Alternative

Helmut Ziebart, der letzte Botschafter der DDR in Prag, hat eine Studie zu den anliegenden und Ergebnissen der Beziehungen zwischen der DDR und der Tschechoslowakei geschrieben. Vielen von uns sind die positiven und negativen Aspekte der sogenannte Aussöhnung mit Frankreich usw. gewärtig (Westintegration der BRD), wir kennen aber kaum die Politik, die die DDR gegenüber den östlichen Nachbarn zur Aussöhnung und Zusammenarbeit unternommen hat. Einen ersten Eindruck und Leseanreiz soll das Vorwort des Autors geben.

### Drei Epochen deutscher Ostpolitik – Erinnerungen und Bekenntnisse

Die Ostpolitik deutscher Staaten des 20. Jahrhunderts hat meine persönliche Entwicklung sehr nachhaltig beeinflusst. Seit den dreißiger Jahren habe ich sie als Aggression, Kooperation und Konfrontation erlebt.

Als Zehnjähriger sah ich im September 1939 vom Bauernhof meiner Eltern, die seit mehreren Generationen als Angehörige der deutschen Minderheit in Polen lebten, Kampfverbände der deutschen Luftwaffe ihre tödliche Bombenlast nach Warschau fliegen. Ihr gleichförmiges Motorengeräusch wurde angst-einflößend übertönt durch das weit vernehmbare Kettengerassel von langen Panzerkolonnen mit dem bekannten Balkenkreuz, die mit Lanzen bestückte polnische Kavallerie vor sich hertrieben.

Der Kriegslärm der Flugzeuge und Panzer war kaum verklungen, da rückten zwar wesentlich lautloser, dafür aber seßhafter zivile Nachschubbesatzungen

an. Sie gaben sich als Reichsdeutsche aus und verkündeten, daß sie die „polnische Wirtschaft“ abschaffen und deutsche Ordnung einführen wollten. Das ging natürlich nicht ganz ohne „Ordnungshüter“ ab, die ein „deutsches Ehrenkleid“ trugen. Dem „Feldgrauen“ folgte das wesentlich auffälligere Braune, das der „Goldfasanen“. Die neuen Herren, egal ob in Grau, Braun oder modischen Knickerbockern, ergriffen kurz und bündig Besitz von Gütern, Bauernhöfen, Fabriken und Immobilien, die Polen oder Juden gehörten. Sie vertrieben sie ins „Generalgouvernement“, ein ostpolnisches Gebiet, das ihnen als eine Art Reservat zugedacht worden war. Für Juden war auch das nur ein Zwischenaufenthalt. Das Ende ihres Leidensweges trug den Namen Auschwitz.

Das politische und territoriale Anliegen der reichsdeutschen Eroberer bestand darin, die Wojewodschaft Poznan, die während der Dreiteilungen Polens Preußen „zugeteilt“ worden war, vollständig „einzudeutschen“. Die damit verbundene großflächige ethnische Säuberung wurde rücksichtslos vollzogen. Die Filetstücke des enteigneten Besitzes erhielten Angehörige der neuen Eliten aus dem Reich. Das Gros des ländlichen und städtischen Eigentums bekamen deutsche Umsiedler aus dem Baltikum, Bessarabien und Wolhynien zugeteilt. Nach diesen „Transfers“ proklamierte man die Provinz Posen zum „Reichsgau Wartheland“ und zum Bestandteil des Dritten Deutschen Reiches. Damit wurden die „Volksdeutschen“, wie die deutschen Minderheiten im Ausland genannt wurden, dessen Staatsbürger.

Doch die Lösung: „Ein Reich, ein Volk, ein Führer!“ erwies sich für die „Heim-ins-Reich-Geholten“ schon bald als trügerisch. Als die Volksdeutschen ihre reichsdeutschen Ausweise erhielten, mußten sie zur Kenntnis nehmen, daß ihre westgotischen „Heim-ins-Reich-Holler“ doch etwas deutscher waren als die erbeuteten Ostgermanen. Die aus den alten Gauen wurden Inhaber der Volksliste I, die aus dem neuen, dem Wart(h)egau Besitzer der Volksliste II. Diese Unterscheidung von Deutschen der ersten und zweiten Kategorie wurde auch farblich deutlich gemacht. Für die Volksliste I wählte man das Dokumentenpapier der Marke „Edelweiß“, für die Volksliste II ein undurchsichtiges Blau.

Nach dem Durchmarsch der Roten Armee im Januar 1945 bis zur Oder waren sowohl für Russen als auch für Polen Farbunterschiede dieser Art völlig belanglos. Für sie waren alle Deutschen einfach „Nemcy“, die zur Wiedergutmachung verpflichtet waren. Da alle Reichsdeutschen rechtzeitig das Weiße gesucht hatten, blieben dafür zunächst nur die Volksdeutschen übrig. Sie wurden zugunsten des polnischen Staates entschädigungslos enteignet und zur Zwangsarbeit herangezogen. Der Autor dieser Studie wurde mit Tausenden anderer ins

ukrainische Donezbecken evakuiert, um dort einen Teil jener Trümmer zu beseitigen, die die Wehrmacht mit der Sprengung von Industrieanlagen hinterlassen hatte. Mit fünfzehn Jahren war er der Jüngste des sowjetischen Internierungslagers in Makejewka. Nach einer Lungenentzündung, die eine Leningrader Ärztin zunächst in einem Spital und anschließend bei leichter Arbeit und besseren Verpflegungsbedingungen auf einer Kolchose auskurieren ließ, schickte der Lagerkommandant ihn nach Polen zurück. Hier mußte er weiterhin dreieinhalb Jahre lang „deutsche Schulden“ abtragen, davon dreizehn Monate im Arbeitslager Gronowo.

Meine Erlebnisse während dieser kriegserischen Epoche deutscher Ostpolitik bestätigen die historische Erfahrung, daß unbeteiligte Zivilisten einen hohen Tribut für missionarischen Eroberungs- und Neuordnungswahn zu zahlen haben. Die Leidtragenden jener Jahre sind Opfer der hegemonialen Eroberungspolitik des Dritten Deutschen Reiches. Die Versuche, für den Zweiten Weltkrieg und seine Opfer nur das NS-Regime verantwortlich zu machen, halte ich für einen höchst bedenklichen Ausdruck unbewältigter deutscher Vergangenheit.

Als ich im Juni 1949 endlich aus Polen ausgewiesen und ins Leipziger Quarantänelager für deutsche Kriegsgefangene eingeliefert wurde, war ich froh, Krieg und Zwangsarbeit überstanden zu haben. Auf der Suche nach einer Möglichkeit, das Abitur nachzuholen, half mir die Vereinigung für gegenseitige Bauernhilfe. Ihr Altentrepower Ortsverein delegierte mich zur Arbeiter- und Bauernfakultät (ABF) nach Greifswald. Im Sommer 1950 bestand ich dort die Aufnahmeprüfung und drei Jahre später auch das Abitur. Der Schriftsteller Hermann Kant, dem es zwischen 1945 und 1949 ähnlich wie mir ergangen war, studierte an der gleichen Fakultät. Mit seinem Roman „Die Aula“ setzte er dem „Sturm der Arbeiter- und Bauernstudenten auf die Festung Wissenschaft“ ein literarisches Denkmal. Der junge ostdeutsche Staat bezahlte ihre Bildungskosten. Er stellte ihnen Internate mit „Vollpension“ zur Verfügung und belohnte sie obendrein noch mit einem auskömmlichen Stipendium. Sein westdeutscher Nachbar, der schon damals über wesentlich höhere Mittel verfügte, gewährte der studentischen Nachkriegsgeneration nichts Vergleichbares. Die ABF erschloß ihren Studenten nicht nur den Zugang zu den Universitäten. Ihre Dozenten lehrten uns auch selbständig zu denken, Fragen zu stellen nach dem Warum und Woher und für Wen. Dieses geistige Basiskapital half mir nicht nur beim nachfolgenden Studium des Völkerrechts und der internationalen Beziehungen an der „Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften“ in Potsdam-Babelsberg, sondern auch bei der Berufsausübung Schein und Sein zu unter-

scheiden und Wesentliches von Unwesentlichem zu trennen.

Das war neben solidem Fachwissen und der Beherrschung von zwei Welt- und einer Landessprache eine wichtige Voraussetzung für die Arbeit im Außenministerium der DDR, dem ich vom 1. September 1956 bis zu seiner Abwicklung am 3. Oktober 1990 angehörte. Mit der Arbeitsaufnahme des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) begann eine neue Etappe deutscher Ostpolitik. Ihr Anliegen bestand darin, vertrauens- und friedensstiftende Partnerschaftsbeziehungen zum gegenseitigen Nutzen zu entwickeln. Ich erhielt Gelegenheit, dabei mitzuwirken. Mein Arbeitsfeld waren zwölf Jahre lang die Beziehungen zur Sowjetunion, danach von 1968-1977 die Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten Südosteuropas. Vom 7. Januar 1981 bis zum 2. Oktober 1990 half ich gemeinsam mit einem großen Kollektiv der DDR-Auslandsvertretung in Prag, die sehr vielfältigen gutnachbarlichen Beziehungen mit der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik zu gestalten. Ab März 1988 kamen zu meinen bilateralen Botschafterverpflichtungen noch die des Doyens des diplomatischen Corps hinzu. Vor lauter Arbeit merkte ich nicht, daß ich mit meinem Prager Aufenthalt ganz nebenbei auch noch einen DDR-Rekord aufgestellt hatte, den des längsten Botschafteraufenthaltes in einem Staat (neun Jahre und neun Monate).

Die Prager Jahre waren die anspruchsvollste und arbeitsintensivste Zeit in den dreieinhalb Jahrzehnten meiner Zugehörigkeit zum diplomatischen Dienst der DDR. Was in den vierzig Jahren von Hunderttausenden beiderseits des Erzgebirges bis hin zur Hohen Tatra bewegt und geschaffen wurde ist nicht nur ein Beleg versöhnter Nachbarn, sondern auch ein Zeugnis ihrer gemeinsamen Interessen. Die Politik der DDR gegenüber den mittel- und osteuropäischen Partnern schuf dafür wichtige Voraussetzungen.

Die Auswirkungen dieser kooperativen deutschen Ostpolitik konnte ich 1961-1965 in Moskau als Erster Botschaftssekretär wahrnehmen. Der Stimmungsumschwung gegenüber Deutschen seit jener Zeit, wo ich Wehrmachtstrümmern zu beseitigen hatte, war größer, als ich angenommen hatte. Im Mittelpunkt des Interesses der gesellschaftlichen und staatlichen Entwicklungen standen damals die Versuche Nikita Chruschtschows, das Land zu reformieren. Die vom XX. Parteitag ausgelöste „Taufwetterperiode“ sollte durch strukturelle Reformen untermauert werden. Die restaurativen Kräfte gingen zum Gegenangriff über. Sie



**Der ungültig gestempelte Diplomatenpaß von Helmut Ziebart**

leiteten einen konspirativen Führungswechsel ein, dessen Anzeichen ich auf dem Wnukower Flugplatz zwar sehen, aber nicht deuten konnte. Als Mitarbeiter der DDR-Botschaft wunderten wir uns, daß Leonid Breschnew bei seiner Rückkehr von den Feierlichkeiten zum 15. Jahrestag der Gründung der DDR in Berlin durch fast alle Mitglieder des Politbüros der KPdSU empfangen wurde. Einen Tag später lieferte uns eine offizielle TASS-Meldung des Rätsels Lösung. Er war über Nacht zum Nachfolger Chruschtschows gewählt worden. Die Verwirrung in Berlin war groß. Der „verehrte Leonid“ hatte seine Berliner Gastgeber nicht mal andeutungsweise über das vorinformiert, was in geheimen Moskauer Runden vorbereitet wurde. Wesentlich folgenschwerer als diese „brüderliche Unterlassung“ waren die Konsequenzen dieses Wechsels. Die bekannte Kommandowirtschaft und byzantinischer Personenkult breiteten sich bleiern über das riesige Land. Gorbatschows Katastroika und Jelzins autokratischer Vandalismus degradierten die ehemalige Großmacht zum Entwicklungsland.

International ist die einstige europäische Großmacht nach 1990 immer stärker gedemütigt und herausgefordert worden. Die NATO-Osterweiterung tangierte ihre Sicherheitsinteressen bereits sehr empfindlich. Der Angriffskrieg dieser Allianz auf Jugoslawien schuf eine neue, noch bedrohlichere Situation. Die neue NATO, die da vorgab, Kooperationspartner sein zu wollen, entpuppte sich als Aggressionsbündnis zur Durchsetzung US-amerikanischer Disziplinierungsinteressen.

Das politisch schwankende und wirtschaftlich darniederliegende Rußland befand sich plötzlich in einer ähnlichen Lage wie die britischen Appeasement-Politiker vor der Münchner Konferenz. Großbritannien, so stellte Winston Churchill 1939 fest, habe damals vor der Alternative gestanden, einen Verbündeten zu verraten oder Krieg zu führen. Es habe sich für den Verrat entschieden und den Krieg dennoch nicht verhindern können. Das Menetekel von München ist wie-

der aktuell. Der gegenwärtige Erpressungsversuch gegenüber Jugoslawien unterscheidet sich von dem antitschechoslowakischen Diktat der Septembertage 1938 lediglich darin, daß man ihn sofort herbeibomben möchte. Der dazu eingeleitete Zermürbungskrieg hat die europäische und bundesdeutsche Nachkriegssituation fundamental verändert. Bonner Regierungsmitglieder und Parlamentarier haben mit ihrem Unterstützungsbeschluß des Angriffskrieges der NATO essentielle Festlegungen der UNO-Charta und des Grundgesetzes verletzt. Sie haben darüber hinaus bedenkenlos ihren Eid

gebrochen, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden, und degradierten sich somit zu Erfüllungsgehilfen eines Kriegsabenteuers, dessen Folgen nicht abzusehen sind.

Als ich im Herbst 1973 vom Präsidenten der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, Josip Broz Tito, zum Antrittsgespräch empfangen wurde, empfahl mir sein Protokollchef, mit ihm russisch zu sprechen. Nach meinem ersten Satz unterbrach mich Marschall Tito mit dem Angebot: „Sie können deutsch mit mir reden!“ Ich empfand seine Empfehlung als wohlwollende Haltung zu dem deutschen Staat, den ich in Belgrad vertrat. Damals konnte ich mir nicht vorstellen, daß sich deutsche Politiker jemals wieder für einen Krieg gegen Jugoslawien hergeben würden.

Bestimmte Politiker der Bundesrepublik Deutschland scheinen jedoch zu glauben, daß die Zeit, in der deutsche Besatzerdivisionen durch jugoslawische Partisanen aus dem Lande Titos getrieben wurden, endgültig vorbei seien. Dies könnte sich als ein folgenschwerer Irrtum erweisen. Die Folgen eines neuen Versuchs, diesmal im Bündnis mit anderen Liebhabern einer südost-europäischen Neuordnung, aggressive deutsche Ostpolitik zu betreiben, hätten abermals Millionen unschuldiger Zivilisten zu tragen. Das Ergebnis der ersten Bombennächte über Serbien verdeutlicht bereits, daß mit militärischen Mitteln komplizierte ethnische und internationale Probleme nicht zu lösen sind. Auf dem Weg ins neue Jahrtausend brauchen wir keine Weltgendarmen, sondern engagierte Friedensstifter. Die Probleme des alten Kontinents bedürfen nicht der Militarisierung, sondern der Demokratisierung der internationalen Beziehungen.

*Helmut Ziebart  
Berlin, April 1999*

**Helmut Ziebart, Bilanz einer deutsch-tschechischen Alternative, GNN Verlag Süd, Stuttgart, 72 Seiten brosch., 11,90 DM. ISBN 3-9805441-3-3. Bezug über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel: 034204-65711, Fax: 034204-65893**

**4. September:** Nach dem Balkankrieg. Tagung: Die NATO, die neue Weltordnung und die Gewerkschaften. Siehe letzte Ausgabe.

**5. September:** Landtagswahl in Brandenburg und Saarland

**11. September:** 21. Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen in NRW. Ort: Münster, Näheres wird noch bekanntgegeben. Thema: *Kriegstreiber stoppen! Nazistrukturen auflösen!* Perspektiven gegen Militarismus, Rassismus und Sozialabbau entwickeln. Es ist folgender Ablauf vorgeschlagen: 10.45 Eröffnung; 11.00 Uhr Podiumsdiskussion mit u.a.: Annelie Buntenbach (B 90/Grüne) und Winfried Wolf (PDS), 13.15 Arbeitsgruppen, 16.30 Uhr Plenum mit Ergebnissen der AGs und Perspektivendiskussion.

**12. September:** Kommunalwahlen in NRW, Landtagswahl in Thüringen

**17.-19. September:** Nürnberg: *Delegiertenkonferenz der Humanistischen Union* Kontakt: Bundesgeschäftsstelle der Humanistischen Union (HU), Friedrichstr. 165, 10117 Berlin, Tel.: 030/204502-56, Fax: 030/20450257, E-Mail: hu@ipn-b.de Internet: <http://www.humanistische-union.de>

**19. September:** Landtagswahl in Sachsen

**23./24. September:** Tagung: *Mißbrauch im Sozialhilfebezug. Was hat es mit der Diskussion um den „Mißbrauch von Sozialhilfe“ auf sich?* Was ist eigentlich „Mißbrauch“ von Rechten im System der sozialen Sicherung? Wo sind die Grenzen zwischen rechtmäßiger Ausübung von Rechten und ihrem Mißbrauch? Und wie steht es um die Rechtmäßigkeit von Behördenentscheidungen um die Bewilligung von Leistungen aus der Sozialhilfe oder die Ablehnung? ReferentInnen sind u.a. Dietrich Schoch, Verwaltungsfachhochschule Pfm, Cora Molloy von der BAG der Sozialhilfeinitiativen. Veranstalterin: Evangelische Akademie, PF 1205, 34362 Hofgeismar. Beitrag: 147 DM, 50% Ermäßigung für Schüler etc. Weitere Ermäßigung auf Anfrage. Programmblatt bei der Akademie, Tel. (0 56 71) 88 11 18, Fax 88 11 54

**1.-3. Oktober:** Tagung: *Soziale Gerechtigkeit statt „Innerer Sicherheit“* – Alternativen zur Aufrüstung der Gesellschaft, Haus Venusberg Bonn, Anmeldung: Bund für Soziale Verteidigung und Internationaler Versöhnungsbund/Dt. Zweig; Ringstr. 9a, 32427 Minden, Tel.: 0571-850875 oder 0571-294456

**8. Oktober:** CSU-Parteitag in Nürnberg

**8.-9. Oktober:** *Der Krieg – Analyse eines Exempels. Frieden auf dem Balkan? Lehren aus dem Krieg in Kosovo. Worüber wir nachdenken müssen.* Eine Konferenz verschiedener Organisationen, u.a. AG Friedens- und Konfliktforschung, Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Bundesverband Bürgerinitiativen, Internationale Ärzte gegen den Atomkrieg, Juristinnen und Juristen gegen Atomwaffen, NaturwissenschaftlerInnen Initiative Verantwortung für Friedens- und Zukunftsfähigkeit. Am Freitag, den 8., beginnt um 19 Uhr das Plenum mit drei Einleitungsreferaten. Am Samstag, den 9., finden zwischen 9.30 bis 13.00 mehrere parallele Foren statt, u.a.: Kosten, Kollateralschäden und Folgen des Krieges; Psychologie und Rechtfertigungen des Krieges; NATO-Strategie; Recht des Krieges ...; ab 13.30 Vorträge und Diskussionsrunde zu „Konsequenzen und Perspektiven“. Ort: Hamburg, Hochschule für Wirtschaft und Politik. Anmeldung bei: NaturwissenschaftlerInnen-Initiative e.V., Gutenbergstr. 31, 44139 Dortmund, Tel. (02 31) 57 52 02, Fax (02 31) 57 52 10, e-mail: IN-ES\_NATO@t-online.de

**10. Oktober:** Wahlen zu Abgeordnetenhaus und BVV Berlin

**15.-17. Oktober:** Sondergipfel der EU-Innenminister in Tampere, Finnland, und Gegengipfel. In einem Aufruf heißt es dazu: „Schlagt zurück gegen das Imperium – Gegengipfel zum Thema innere Sicherheit und Einwanderungspolitik: Hunderttausende von Menschen fliehen vor dem von der Globalisation verursachtem Elend und den Kriegen in die Staaten der EU, auf der Suche nach einem wenigstens etwas besserem Leben für sich und ihre Familien. Während das Kapital überall erstklassig empfangen wird, werden diese Menschen interniert, deportiert, getötet und in die Arme von illegalen Schlepperbanden getrieben. Finnland hält die EU-Ratspräsidentschaft von Juli bis Dezember 1999 inne. In Tampere wird vom 15.-16.10. ein Sondergipfel zum Thema „Flüchtlings- und Einwanderungspolitik und Innere Sicherheit“ stattfinden. Wir laden alle ein, die für Bewegungsfreiheit in Europa und für ein Europa für alle eintreten, am 15.-17.10. zum Gegengipfel nach Tampere zu kommen. Wir fordern, daß der von uns produzierte Reichtum dazu benutzt wird, den Menschen eine Möglichkeit zu geben, sich frei zu bewegen und an dem Wohlstand teilzunehmen. – Zum Gegengipfel rufen auf: Antifa Finnland, Autonome Offensive 99, Democratic Youth of Hervanta, Self-Employment Organisation of Iranian and Iraqi Kurds, Kurdistan Committee, Solidaarisuus, Socialist League, Finnish Anarchist Federation

**24. Oktober:** Kommunalwahlen in Baden-Württemberg

**6. bzw. 7. bis 8. Januar:** Vormerken: *Linke Winterschule* in Friedrichroda.

ADRESSAUFKLEBER

**Neu auf dem  
Büchertisch**

*Horst Schneider, Dresden, veröffentlicht rechtzeitig zu den Diskussionen rund um den Antikriegstag 1999 eine Broschüre*

*„Der Krieg ist kein Gesetz der Natur und der Frieden ist kein Geschenk – Kritische Anmerkungen zur Nato-Aggression gegen Jugoslawien“ (36 Seiten DIN A4, Preis 4.50 DM).*

Ostern 1999: Die Nato bombardiert Jugoslawien. Die BRD ist dabei. Bei der SPD und bei den Grünen bricht die Kritik an der Kriegspolitik zusammen. Nur die PDS hält ihre Antikriegspolitik durch. Der weitere Verlauf zeigt, daß der Politik der Parteien Haltungen in der Bevölkerung zu Grunde liegen: Im Westen der BRD überwiegt die Zustimmung, besonders bei den meinungsbildenden Schichten. Im Osten widersteht die ablehnende Haltung der Bevölkerung dem Meinungsdruck der Medien und des Staates. Wie?

Horst Schneider, Prof. em. Dr. sc. Phil., ist einer aus dem Osten: Jahrgang 1927, 1946 Neulehrer, ab 1955 Pädagogisches Institut Dresden, ab 1980 bis August 1990 Professor für allgemeine Geschichte an der Pädagogischen Hochschule Dresden, 1990 bis 1994 Alterspräsident der Stadtverordnetenversammlung Dresden, Mitglied des Verbandes der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschisten im Freistaat Sachsen.

Die von ihm vorgelegte Broschüre arbeitet, belegt durch viele Quellenhinweise und Dokumente, Argumente und politische Auffassungen heraus, wie sie im Osten gegen die Kriegspropaganda Bestand hatten. Anders als in der Antikriegsbewegung des Westens steht im Ostdiskurs die individuelle, persönliche Ablehnung von Blutvergießen und Krieg in einem festen Zusammenhang zu außenpolitischen und völkerrechtlichen Alternativen. Und: während im Bewertungsgefüge der Westkultur Erfolg&Sieg unangefochten ganz weit oben stehen, gilt im Ostdiskurs das Brecht-Zitat, das Horst Schneider über sein Vorwort stellt: „Prüfe die Rechnung, Du mußt sie bezahlen“!

So leistet die Broschüre einen interessanten Beitrag zu der in der Bundesrepublik, aber auch in ganz Europa anstehenden Kritik der gültigen außenpolitischen Konzeptionen.

Zu erhalten über den Büchertisch in den GNN-Büros (Preis 4.50)

Bestellung bei GNN Verlag Süd GmbH, Stubaierstraße 2, 70327 Stuttgart

Tel: 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32

Bei Einzelbestellung beim Verlag bitte 6 DM in Briefmarken beilegen. Mehrfachbezieher auch gegen Rechnung. 30% Rabatt.

**„Der Krieg ist kein Gesetz der Natur und der Frieden ist kein Geschenk – Kritische Anmerkungen zur Nato-Aggression gegen Jugoslawien“**

**A4, 36 Seiten, 4.50 DM**

